

Stand: 07.05.2021 15:10:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12482

"Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche Dienstleister entlasten - Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufheben"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/12482 vom 27.01.2021
2. Beschluss des Plenums 18/12644 vom 27.01.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 27.01.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche Dienstleister entlasten – Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufheben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. das Verbot der Erwerbstätigkeit für die Branchen des Gastgewerbes (Gastronomie und Beherbergung), der Sportdienstleistungen, der Kunst und Kultur (Wirtschaftszweig (WZ) „Abschnitt R“ laut Klassifikation des Statistischen Bundesamtes), und der persönlichen Dienstleistungen (WZ „Abschnitt S 96“) im jeweiligen Kreis ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufzuheben¹,
2. sich auf Bundesebene für die umgehende Aufhebung des Verbots der Erwerbstätigkeit für die Branchen des Gastgewerbes (Gastronomie und Beherbergung), der Sportdienstleistungen, der Kunst und Kultur (WZ „Abschnitt R“ laut Klassifikation des Statistischen Bundesamtes) und der persönlichen Dienstleistungen (WZ „Abschnitt S 96“) im jeweiligen Kreis ab einer Inzidenz von unter 100 einzusetzen.

Begründung:

Die Branchen des Gastgewerbes (Gastronomie und Beherbergung), der Sportdienstleistungen, der Kunst und Kultur (WZ „Abschnitt R“ laut Klassifikation des Statistischen Bundesamtes), und der persönlichen Dienstleistungen (WZ „Abschnitt S 96“) sind ein wichtiger Teil der bayerischen Wirtschaft. So erwirtschafteten im Jahr 2018 die fast 40 Tsd. Gastgewerbe-Unternehmen in Bayern einen Umsatz von insgesamt 20,3 Mrd. Euro und beschäftigten über 500 Tsd. Erwerbstätige². Die fast 48 Tsd. Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft mit 388 Tsd. Erwerbstätigen erarbeiteten einen Umsatz von 37,5 Mrd. Euro³.

Leider sind genau diese Branchen am härtesten vom Lockdown betroffen. Im bayerischen Gastgewerbe nahm der preisbereinigte Umsatz im Dreiviertjahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 33,5 Prozent ab. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um 14,7 Prozent⁴. Von Januar bis Oktober 2020 verringerte sich der reale Umsatz der

¹ 7-Tages-Inzidenz der übermittelten COVID-19-Fälle pro 100 000 Einwohner.

² Bayerisches Landesamt für Statistik. (2019, letzte Erhebung). URL: https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/q4400c_201800.pdf

³ STMWi (2020). Zweiter Bayerischer Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht. URL: https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Publikationen/2020/2020-04-07_bk_bericht_2020_200323_KSCH_E-Paper_2_.pdf

⁴ Bayerisches Landesamt für Statistik. (2020). URL: <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2020/pm296/index.html>

bayerischen Hotellerie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 33,8 Prozent, die Zahl der Beschäftigten um 14,9 Prozent⁵. Zusätzlich dazu war im Oktober 2020 das Gastgewerbe deutschlandweit Spitzenreiter im Bereich Kurzarbeit mit 26 Prozent der Beschäftigten oder 290 000 Menschen⁶. Im Juni 2020 meldeten 21 Prozent der Unternehmen aus dem Bereich Sport und Unterhaltung einen Beschäftigungsabbau, 79 Prozent meldeten die Einführung von Kurzarbeit. 53 Prozent der Umfrageteilnehmer bezeichneten die Beeinträchtigungen durch die Coronakrise als existenzbedrohend. Auch nach den Lockerungen und Wiedereröffnungen werden sich die hohen Umsatzverluste bei Weitem nicht kompensieren lassen, da kaum Nachholeffekte für den Besuch von Beherbergungen und Sportanlagen zu erwarten sind⁷.

Bis zu zwei Drittel des realen BIP-Rückgangs in Bayern könnten durch den Lockdown verursacht sein, nur ein Drittel dürfte auf einen Rückgang der Auslandsnachfrage nach bayerischen Exporten zurückzuführen sein⁸.

Der erste Lockdown vom 22. März bis 6. Mai 2020 kostete die deutsche Wirtschaft rund 300 bis 500 Mrd. Euro⁹. Der zweite Lockdown von November bis Dezember 2020 kostete die Wirtschaft weitere rd. 50 bis 70 Mrd. Euro.^{10,11} Jede weitere Woche des Lockdowns kostet die Wirtschaft jedes Mal weitere 3 bis 3,5 Mrd. Euro¹², bei weiteren Verschärfungen kann es zu Wohlfahrtsverlusten von 10 Mrd. Euro pro Woche kommen¹³.

Obwohl die Unternehmen in Gastronomie, Beherbergung, Sportdienstleistungen, Kunst und Kultur, sowie persönliche Dienstleister (z. B. Friseure) kostspielige, komplizierte und geschäftsschädigende Hygienemaßnahmen implementierten und nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) vom 19.01.2021 nachweislich kaum zur Verbreitung des COVID-19-Erregers beitragen¹⁴, wurde ihnen trotzdem bereits zweimal im Jahr 2020 die Erwerbstätigkeit im Rahmen des ersten und zweiten Lockdowns fast komplett untersagt.

Diese Zwangsschließungen verschieben einen Großteil der täglichen Aktivitäten der Bürger weg von diesen Bereichen, wo die Verbreitung des COVID-19-Erregers nachweislich gut eingedämmt und nachverfolgt werden kann, in die privaten Haushalte, welche nach Schätzungen des RKI am meisten zur Verbreitung des Erregers beitragen.

Nach Angaben des RKI vom 25.01.2021 ist die Zahl der übermittelten COVID-19-Fälle (in den Medien fälschlicherweise als „Neuinfektionen“ dargestellt) seit ca. Mitte Dezember 2020 rückläufig und seit ca. Mitte Januar 2021 drastisch rückläufig¹⁵.

Da die Zahl der neuen COVID-19-Fälle stark rückläufig ist und der Lockdown (der Verbot der Erwerbstätigkeit) für die o. g. Branchen im gesundheitspolitischen Sinne nicht verhältnismäßig ist, sowie einen immensen sozio-ökonomischen Schaden anrichtet – darunter langfristige negative wirtschaftliche Auswirkungen, wie z. B. Anstieg der Konzentrationsprozesse, Schwächung des Produktionspotenzials, verzerrte sektorale

⁵ Bayerisches Landesamt für Statistik (2020). Zahlenspiegel zur Corona-Pandemie.

⁶ ifo Institut (2020). Rückgang der Kurzarbeit verlangsamt sich. URL: <https://www.ifo.de/node/59082>

⁷ ifo Institut (2020). ifo Branchenatlas: Sport- und Freizeiteinrichtungen. URL:

<https://www.ifo.de/branchenatlas/sport-freizeiteinrichtungen>

⁸ Sforza A. und M. Steininger (2020). Globalization in Times of Covid-19. CESifo.

⁹ ifo Institut (2020). Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown für Deutschland: Eine Szenarienrechnung.

¹⁰ Bardt H. (2020). Lockdown light darf nicht auf Industrie übergreifen. IW Köln.

¹¹ Grömling M. (2020). Lockdown 2.0 kostet 2020 zwei und 2021 einen Prozentpunkt. IW Köln.

¹² Hüther M. (2020). Unternehmen in Existenznot. IW Köln.

¹³ Bardt H. (2021). Harter Lockdown könnte zehn Milliarden Euro pro Woche kosten. IW Köln.

¹⁴ Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (19.01.2020). URL:

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Jan_2021/2021-01-19-de.pdf?blob=publicationFile

¹⁵ Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (25.01.2021). URL:

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Jan_2021/2021-01-25-de.pdf?blob=publicationFile

Strukturtransformation¹⁶ – muss das Verbot der Erwerbstätigkeit für diese Branchen umgehend aufgehoben werden.

Die AfD-Fraktion unterstützt auch die Position des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger (Freie Wähler), der am 25.01.2021 argumentiert hat:

„Der reine Blick auf die Inzidenz wird mit zunehmender Dauer des Lockdowns also der Gesamtsituation immer weniger gerecht. Die Kollateralschäden werden zu groß. [...] Verantwortbar sehe ich auch, Hotels wieder zu öffnen. [...] Genauso der Handel. Wenn man Textilien als Nebensortiment im Lebensmittelladen kaufen kann, warum dann nicht im Textilladen nebenan? Dann verteilen sich die Kunden auf mehr Quadratmeter und wir müssen nicht mit Steuergeld entschädigen, [...]. Auch Skilifte sind mit guten Konzepten wie Onlinebuchung, Abstand am Lift und FFP2-Maske kein Teufelszeug. [...] Nach einem Vierteljahr Lockdown wird es Zeit, dass wir den Menschen und der Wirtschaft auch langsam mal wieder positive Perspektiven anbieten“.

Des Weiteren unterstützt die AfD-Fraktion auch die Positionen von Vize-Generalsekretär der Freien Wähler Felix Locke, der sagte „Corona-Diskussionen dürfen nicht mit prophetischer Weltuntergangsstimmung à la Söder geführt werden“ und eine „sachliche Debatte über Öffnungen“ fordert; sowie von Generalsekretärin der Freien Wähler Susann Enders, welche zur Kritik seitens der CSU kontrahierte: „Dem Koalitionspartner den Mund verbieten? Geht gar nicht“¹⁷.

¹⁶ Passauer Neue Presse (2021). Kollateralschäden zu groß: Aiwanger will gelockerten Lockdown. URL: <https://www.pnp.de/nachrichten/politik/Kollateralschaeden-zu-gross-Aiwanger-will-gelockerten-Lockdown-3896904.html>

¹⁷ Bayerischer Rundfunk (2021). Corona-Debatte: Ton in der bayerischen Koalition wird rauer. URL: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/corona-debatte-ton-in-der-bayerischen-koalition-wird-rauer.SN5vLuF>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/12482

Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche Dienstleister entlasten – Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufheben

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Klaus Holetschek
Erster Vizepräsident Karl Feller
Abg. Katharina Schulze
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Markus Plenk
Abg. Roland Magerl
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Gerd Mannes
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Martin Hagen
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Horst Arnold
Abg. Christina Haubrich
Abg. Susann Enders
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Alexander Muthmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Gesundheit und Pflege
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Corona-Lockdown verlängern - Infektionsgeschehen weiter effektiv senken,
Vorsicht im Hinblick auf Coronavirus-Mutationen walten lassen, zugleich erste
Lockerungen vorbereiten ([Drs. 18/12480](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Ausweitung der Teststrategie auf SARS-CoV-2: Heimschnelltests und
Pooltestung umsetzen! ([Drs. 18/12481](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo
Hahn, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)**

**Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche
Dienstleister entlasten - Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter
100 umgehend aufheben ([Drs. 18/12482](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus
Adelt u. a. und Fraktion (SPD)**

Bayern impft! Klare Impfstrategie und rechtssichere Corona-Maßnahmen

(Drs. 18/12483)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann,
Albert Duin u. a. und Fraktion (FDP)**

**Wertschätzung für den Einzelhandel - Endlich fairen Wettbewerb und
Chancengerechtigkeit herstellen (Drs. 18/12484)**

Jetzt hat Herr Staatsminister Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verlängern heute die Maßnahmen, die beschlossen worden sind, bis zum 15. Februar. Das ist der Kern der Diskussion, die wir führen. Wir führen diese Diskussion auch im Lichte eines besonderen Tages; denn wir haben jetzt seit einem Jahr die Corona-Pandemie. Das Wort "Patient Nummer 1" ist durch die Medien gegangen. Damals haben uns die ersten Fälle bei der Firma Webasto erreicht. Wenn wir gemeinsam auf dieses Jahr zurückblicken, stehen uns sicherlich auch einige Bilder vor Augen: Wir haben die Bilder aus Bergamo gesehen. Wir haben Berichte über das Thema Triage gehört. Wir denken an die Bilder aus Alten- und Pflegeheimen, wo Menschen nicht besucht werden konnten. Es gab Einschränkungen, die uns alle belastet haben, und Regeln, die neu eingeführt worden sind. Ich glaube, dieses Jahr hat die Gesellschaft und uns alle gefordert. Es war ein Jahr, bis zu dessen Ende 9.943 Menschen in Bayern ihr Leben verloren haben. Das letzte Jahr war ein ganz zentrales und einschneidendes Jahr für uns alle.

Die Frage, warum wir die Maßnahmen, die wir gemeinsam beschlossen haben, verlängern, beantwortet sich ein Stück weit aus den Erfahrungen dieses Jahres. Für uns kommt es darauf an, Kontakte zu vermeiden. Wir haben Regeln für unsere Schulen und unsere Kitas. Wir haben eine Ausgangssperre angeordnet, die Mobilität eingeschränkt und die Maskenpflicht erweitert. Um was geht es dabei? – Dabei geht es um

den Schutz von Menschenleben. Es geht dabei um die Vermeidung der Überlastung unseres Gesundheitssystems.

Auch wenn Gerichte, natürlich zu Recht, die eine oder andere Maßnahme infrage stellen, möchte ich feststellen, dass die Gerichte 98 % unserer Entscheidungen bestätigt haben. Es ist richtig, dass wir Gerichte haben, die diese Maßnahmen überprüfen. Die 15-Kilometer-Regel wurde aufgehoben, weil sie nicht bestimmt genug ist. Aus meiner Sicht war diese Regelung trotzdem richtig; denn das große Ziel lautet, Kontakte zu vermeiden, um Infektionen nicht weiter zu verbreiten. Deshalb wurde die Pflicht zum Tragen der FFP2-Masken bestätigt.

In diesem weltweiten System der Pandemie haben wir heute 100 Millionen Neuinfektionen. Das ist eine Zahl, die uns bewegen muss. In Bayern haben wir dagegen einen Inzidenzwert von 96, also unter dem Bundesdurchschnitt. Nur noch vier Landkreise liegen über einem Inzidenzwert von 200. Wer von Ihnen erinnert sich noch an den höchsten Inzidenzwert von 217,8 am 20. Dezember 2020? Die Entwicklung zeigt: Die Maßnahmen sind richtig, sie wirken, sie helfen und sie schützen Menschenleben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte an dieser Stelle den Menschen in Bayern ausdrücklich danken. Wir alle wissen, dass die Diskussionen draußen nicht immer einfach sind. Wir merken, dass wir uns in einem Spannungsfeld befinden. Manche versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass viele Bürgerinnen und Bürger hinter den Maßnahmen stehen, mitmachen und Solidarität beweisen. Das ist das Gute. Jetzt kommen wieder Werte zum Vorschein, die oft verdeckt sind. Wir stehen in dieser Gemeinschaft wieder zueinander. Das bringt uns weiter.

Wir haben aus diesem Jahr der Pandemie viel gelernt. Wir haben ein Pandemiezentralager aufgebaut, weil wir wissen, dass wir Lieferketten beachten müssen. Wir müssen vorbereitet sein. Wir haben inzwischen 8 Millionen FFP2-Masken an verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen ausgegeben. Wir haben Beatmungsgeräte ange-

schaft und vieles mehr. Wir haben außerdem ein System initiiert. Ich denke an das Thema Testungen. Dazu wurden kontroverse Fragen gestellt: Brauchen wir die Testungen? Sollte sich jedermann testen lassen? Muss das sein? – Ich kann mich noch erinnern, wie hier die Diskussion darüber hektisch hin und her ging. Heute sind wir froh, dass wir dieses Testsystem haben. Es bringt ein Stück weit Sicherheit für die Menschen in unserem Land.

Gerade jetzt ist ein neuer Mutant an der Grenze unterwegs. In Tschechien liegt heute der Inzidenzwert bei 443,8. Allein durch die Testungen an der Grenze konnten wir 200 positive Menschen herausfiltern. Das zeigt, wie wichtig diese Maßnahme ist. 12 Millionen Tests wurden durchgeführt und 16 Millionen Schnelltests gekauft, um hier die Sicherheit zu gewährleisten. Der Freistaat hat hier vieles geleistet. Das hat sich bewährt, und das ist weiterhin ein wichtiger Teil der Strategie, gerade in Zeiten, in denen uns das mutierte Virus eine höhere Ansteckungsgefahr gebracht hat.

Eine zentrale Säule ist das Kontaktverfolgungsmanagement. Frau Kollegin Schulze, wir haben in Bayern 4.395 CTT-Kräfte in den Gesundheitsämtern im Einsatz. Ich habe gerade von Ihnen eine Publikation zu den Gesundheitsämtern in Bayern gelesen. Ich glaube, mit dieser Zahl sind wir gut dabei. Wir müssen uns hier ehrlich machen. Vor der Pandemie haben wir alle die Bedeutung der Gesundheitsämter vielleicht nicht mehr richtig eingeordnet. Jetzt tun wir jedoch alles, um die Gesundheitsämter zu stärken. Wir haben 1.000 Kräfte in den Grundstock aufgenommen, zusätzlich zur Unterstützung der Bundeswehr und der Polizei. 48 Gesundheitsämter haben inzwischen auf die Software SORMAS umgestellt. Jetzt ist dafür der richtige Zeitpunkt; denn SORMAS soll die Kontaktverfolgung erleichtern. Deshalb war es richtig, dies jetzt und mit aller Kraft zu tun; denn wir werden nachher davon profitieren. Wir befinden uns noch mitten in der Pandemie. Deshalb ist es gut, dass die Schnittstellen jetzt bedient werden können. Der Bund unterstützt diese Maßnahme und macht mit.

Ich möchte an dieser Stelle den Gesundheitsämtern danken, weil dort viele Menschen über ihrem Limit arbeiten und sich engagieren. Alle zusammen wollen eines: Sie wol-

len verhindern, dass sich dieses Virus ausbreitet. Deswegen an dieser Stelle ein Dankeschön an alle, die dort Tag und Nacht gute Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst, den der Bund mit den Ländern geschlossen hat und der bundesweit bis 2026 4 Milliarden Euro umfasst, haben wir im Freistaat nachvollzogen. Ich möchte dafür dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten danken. Wir schaffen dadurch neue Stellen und Attraktivität für diesen Berufszweig. Lieber Bernhard Seidenath, wir haben inzwischen auch für das Medizinstudium eine Quote für die Amtsärzte eingeführt. Das sind positive Maßnahmen, die uns helfen. Wir werden überlegen müssen, wie die Gesundheitsämter in der Zukunft aufgestellt sein sollten. Brauchen wir neue Schwerpunkte? – Das ist ein zentrales Thema, das wir auch in Zeiten der Pandemie im Fokus haben.

Ich möchte jetzt zu einer der größten Herausforderungen kommen, die es im Moment gibt, und das ist die Mutation. Diese macht uns allen Sorge. In der letzten Kabinettsitzung waren die drei Virologen Prof. Dr. Wendtner, Herr Prof. Dr. Hoelscher und Herr Prof. Dr. Keppler anwesend. Bei dem, was um uns herum passiert, besteht kein Grund, Panik zu verbreiten. Wir müssen aber sehr vorsichtig mit dieser Mutation umgehen. In Bayreuth ist in einem Krankenhaus mit 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 1.000 Patienten die neue Variante des britischen Virus bei elf Personen aufgetreten. Die Experten sagen, diese Variante könnte um 33 % oder sogar um 50 % ansteckender sein. Manche Experten sagen auch, dass es einen anderen Verlauf geben könnte. Das ist aber noch nicht erwiesen. Ich meine deshalb, dass wir gut daran tun, jetzt erst recht vorsichtig zu sein. Wir müssen die Inzidenzwerte weiter drücken, damit wir für den Fall, dass das Virus durchkommen sollte, gewappnet sind.

Ich erinnere mich gut an eine Diskussion, als ich noch neu im Gesundheitsministerium war. Damals ging es um die Frage, in welchen Akten das alles dokumentiert sei und auf was unsere Handlungen beruhten. Sie beruhen genau auf den Fakten der Wissen-

schaft. Ich erinnere an die Leopoldina mit ihrem Papier "Coronavirus-Pandemie: Es ist ernst". Das ist der Maßstab. Würden wir hier nicht hinschauen, würde man uns vorwerfen, dass wir den Fakten der evidenzbasierten Medizin widersprechen. Deswegen gilt es jetzt, hinzuschauen und die Regeln ganz scharf zu ziehen. Wenn der Mutant unterwegs ist, werden wir bei den Freitestungen noch nachschärfen müssen. Hier ist der Bund gefragt. Das RKI arbeitet bereits daran.

Zur Lage in Irland kann ich sagen, dass diese nicht nur durch die Mutation, sondern auch dadurch verursacht worden ist, dass Regeln gelockert wurden. Erinnern Sie sich: Im Januar hatten wir in Irland eine Verzehnfachung auf einen Inzidenzwert von 1.291. Das ist so brutal, dass sich hier die Frage stellt, ob unser Gesundheitssystem das noch schafft. Irland hat übrigens jetzt den Lockdown bis zum 5. März verlängert. Man darf sich nur noch in einem Radius von 5 Kilometern bewegen. Man sieht also, wie andere Länder genau die gleichen Weichenstellungen vornehmen. Deswegen glaube ich, dass wir in Bayern gut unterwegs sind.

Lieber Bernd Sibler, wir werden zusammen mit den Unikliniken ein neues System der Genomsequenzierung aufbauen. Wir werden da deutschlandweit gut vorangehen. Wir werden das auch für die Zukunft brauchen. Das wird wahrscheinlich noch nicht das letzte Virus gewesen sein, aber dann sind wir auf diese Fragen und auf das, was wir dort zu tun haben, vorbereitet.

Ein Jahr Corona heißt die Herausforderung für die Gesellschaft. Am Ende dieses Jahres heißt es aber auch, dass ein Impfstoff da ist. Das hätte keiner gedacht, wenn wir ehrlich sind. Wenn man weiß, wie lange die Entwicklung von Impfstoffen dauert, dann weiß man, wie schwierig das war. Trotzdem hat der Impfstoff alle Studien durchlaufen. Teilweise waren mehr Probanden in den Studien als bei anderen Fragen. Wir stehen bei einer ordentlichen Zulassung, keiner Notzulassung. Deswegen ist der Impfstoff gut. Er ist ein Impfstoff, dem man vertrauen kann.

Wir sollten die Menschen möglichst schnell impfen. Seit einem Monat impfen wir jetzt. 367.477 Menschen in Bayern sind geimpft. 86 % der Altenheime sind schon für eine Erstimpfung besucht worden. 45 % der Pflegekräfte und über 74 % der Bewohnerinnen und Bewohner sind im Moment geimpft. Das ist schon wichtig und richtig. Das ist im Moment aufzeigende Grundproblem: Wir könnten in Bayern 38.000 Menschen am Tag impfen in den über 100 Impfzentren, die wir haben. Das ist eine großartige Leistung der Landräte und der Oberbürgermeister. Dafür sage ich der kommunalpolitischen Familie ein herzliches Dankeschön. Ich sage das auch als ehemaliger Bürgermeister, weil ich weiß, dass man da unten zusammenhält und dass dort die Dinge funktionieren. Deswegen ist es ein Gemeinschaftsthema. Man sieht, wie toll es funktioniert, wenn alle an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen; dann ist es tatsächlich großartig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Leider haben wir zu wenig Impfstoff. Was der Ministerpräsident immer wieder anmahnt, will ich noch einmal unterstreichen. Der Impfstoff ist der Flaschenhals. Ich will auch noch einmal die Verantwortlichkeiten darstellen. Dabei geht es mir nicht um das Zuschieben des Schwarzen Peters. Mir geht es nur darum, klipp und klar zu sagen, wer bei dieser Frage welche Verantwortung hat und wer was erfüllen muss. Die Verantwortung für die Besorgung des Impfstoffs liegt beim Bund und bei Europa.

(Zuruf)

Die Logistik und die Frage, wie wir den Impfstoff dann verarbeiten, liegt bei uns. Ich sage Ihnen klipp und klar: Ich will es nicht akzeptieren, dass wir jetzt im Moment an der Frage stehen, dass uns irgendwelche Firmen jeden Tag sagen, was sie nicht liefern können, dass AstraZeneca einen Termin bei der EU absagt, dass es heute heißt: "Jetzt können wir doch liefern" und morgen "Wir können nicht liefern". Das macht unser System kaputt. Das ist keine Planbarkeit und Verlässlichkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann jeden Menschen draußen verstehen, der einen Termin in einem Impfzentrum hat und verärgert ist, wenn er dann heimgehen muss. Das ist aber eine Frage –

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Seien Sie doch ruhig, Herr Prof. Hahn. Sie haben beim Impfen doch sowieso nichts beizutragen. Das bringt doch überhaupt nichts. Das ist doch Quatsch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen für Verlässlichkeit und Planbarkeit sorgen. Wir müssen da ganz konkret nachsteuern. Wir werden das auch tun. Wir werden schauen, dass wir alle Möglichkeiten ausschöpfen und dass auch der Bund in der Verantwortung mit der EU dafür sorgt, dass die Verträge eingehalten werden. Es geht einfach nicht, wenn wir jetzt nur bis zur 8. Kalenderwoche wissen, was tatsächlich an Impfstoff kommt, und dann wieder nachfragen müssen. Das ist der Flaschenhals. Dieses Thema müssen wir lösen, auch in Bezug auf die Mutante, weil der Impfstoff da ebenfalls wirkt. Diese Hausaufgaben müssen wir gemeinsam machen.

Wir müssen auch schauen, was wir in der Zukunft mit dem Thema Medikament machen. Das ist ein wichtiges Thema. Ich bin dankbar, dass wir die Medikamentenstrategie auf den Weg gebracht haben. Aber ich glaube, dass die jetzt vorhandenen Medikamente genau angeschaut werden müssen. Die neuen Antikörper, die über die Bundesregierung bestellt worden sind, werfen Fragen auf: Wer kann sie bekommen? Wann werden sie zugelassen? Wo können sie eingesetzt werden? Wie können wir möglicherweise, wenn sie wirklich helfen – man spricht ja von einer passiven Impfung, zumindest habe ich das den Medien entnommen –, mehr davon bekommen? – Das müssen entscheidende Frage sein.

Wir werden dieses Thema auch noch einmal mit der Pharmaindustrie bei uns besprechen. BioNTech war da, und wir haben alle gesagt: Wenn es Möglichkeiten der Kapazitätserweiterung gibt, wird der Freistaat sofort zur Seite stehen. – Ob es um Geneh-

migungen oder andere Dinge geht, an uns wird es nicht liegen, wenn eine Firma sagt: Wir wollen hier etwas machen. Wir haben Möglichkeiten zur Kapazitätserweiterung. – Ich fordere die Pharmaindustrie noch einmal auf, wirklich alles zu prüfen, wo wir gemeinsam etwas tun können. Das ist keine normale Lage. Das ist ein Notstand, und da sind alle gefordert, jeder an seiner Stelle.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich können wir immer noch besser werden. Das ist selbstverständlich. Wir haben ein Portal. Wir haben eine Impfsoftware. Aber natürlich gibt es das eine oder andere Mal auch Probleme. Das Problem, dass sich mit einer E-Mail-Adresse nur eine Person anmelden kann, wird gelöst. Wir sind in der Umstellung. Ich nehme die widergespiegelten Dinge sehr ernst. Das gilt auch, wenn es heißt, wir müssen noch mal andere Informationskanäle überlegen. Wie erreichen wir die Über-80-Jährigen? – Da machen die Kommunen viel. Sie haben alle angeschrieben. Vielleicht müssen wir an eine Postkarte oder an etwas anderes denken, an ganz einfache Mittel, um da noch ein Stück weit besser zu werden. Das nehmen wir mit auf. Wir sind da wirklich gut unterwegs.

Wir sprechen über Impfbusse. Das ist auch ein wichtiges Thema. Ich habe gestern mit der Deutschen Bahn über das Thema Impfbus gesprochen. Da sind wir in Verhandlungen. Vielleicht können wir 60 bis 70 Impfbusse organisieren, die dann draußen vor Ort sind. Das muss man mit den Kommunen besprechen.

Wir machen natürlich auch konzentrierte Aufklärungskampagnen zum Thema Impfen. Die nächste Kampagne wird in einer Woche starten. Es geht auch darum, wie wir mit den Partnern der Pflegeausbildung gemeinsam noch mal das Thema darstellen: Ich lasse mich impfen, weil ich überzeugt bin, dass der Impfstoff hilft und gut ist. – Ich darf die Fraktionsvorsitzenden hier im Hohen Haus einladen: Machen Sie bei der Impfkampagne mit!

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wann denn?)

– Herr Prof. Hahn, Sie machen doch eh nicht mit. Das bringt noch nichts.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Jetzt quatschen Sie nicht immer rein. Ich habe es Ihnen ja gesagt: Sie wollen das Impfen doch nicht. Sie sind doch gegen das Impfen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir machen eine Impfkampagne und werden dabei noch einmal klipp und klar die Vorteile herausstellen mit den Personen, die sich auch impfen lassen wollen. Ich rufe ausdrücklich dazu auf, dass wir, wenn wir an der Reihe sind und genügend Impfstoff da ist, Vorbilder sind. Das brauchen wir in unserer Gesellschaft. Der Ministerpräsident hat ebenfalls signalisiert, dass er, wenn es so weit ist, bei der Impfung dabei ist. Vorbilder sind ja richtig und wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Ja, Herr Prof. Hahn, es wird auch nicht besser, wenn Sie es wiederholen. Bei mir hilft die Wiederholung in dem Fall nicht viel. – Wir müssen tatsächlich hier jetzt schauen, dass wir möglichst schnell auf die Spur kommen, möglichst viel Impfstoff bekommen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um dieses Thema positiv zu belegen.

Ein ganz wichtiges Thema, das uns alle sicherlich bewegt, sind die Pflegeeinrichtungen und Altenheime. Ich kenne die Diskussionen, die immer wieder über die Fragen geführt werden: Haben wir da zu wenig getan? Was hätten wir noch tun müssen? Was können wir tun? – Ich glaube, wir haben in Abwägung dessen sehr viel getan. Wir haben in Abwägung dessen, dass in den Alten- und Pflegeheimen heute oft auch die Menschen sind, die unser Land mit aufgebaut haben, eine Verantwortung. Auf der einen Seite steht die Frage, wie man die Menschen schützen kann ohne ungewollte Isolation – wir haben gemerkt, wie das Thema wirkt; auf der anderen Seite aber stehen Kontrolle, Aufklärung und der Versuch, die Möglichkeiten noch zu verbessern.

Wir haben das Testsystem noch einmal nachgeschärft. Es gibt drei Testungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Pflegekräfte. Ich will an dieser Stelle den Pflegekräften in den Einrichtungen noch einmal von ganzem Herzen danken. Ich weiß, dass Dank nicht genug ist. Dazu komme ich nachher noch. Aber sie leisten im Moment unglaublich viel und haben unseren größten Respekt verdient.

(Allgemeiner Beifall)

Das Thema "Schnelle Einsatzgruppe Pflege", die wir initiiert haben, bei der jetzt 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei sind, 96 davon unten an der Basis als Leiter Pflege in den Katastrophenschutzstrukturen, hilft und wirkt positiv. Wir haben auch ein schnelleres Meldewesen zum LGL. Wir gehen auf die Leute zu. Wir haben Beratungshotlines. Wir tun im Moment viel. Ich weiß, dass wir noch immer mehr tun und auch mehr unterstützen müssen. Wir müssen die Pflegekräfte begleiten. Wir brauchen letztendlich mehr Personal im System. Das ist ein Thema der Zukunft.

Ein Thema jetzt ist es, den Pflegepool auszubauen und auch die 3.700 Personen, die schon darin sind, mit hereinzunehmen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir in der Zukunft radikale und mutige Ideen haben müssen, um mehr Pflegekräfte zu gewinnen.

(Zuruf: Radikal!)

Wir werden in dieser Frage auch darüber nachdenken müssen, ob wir zusätzliche steuerliche Anreize geben, ob wir diese Menschen steuerlich anders beurteilen, ob wir das Thema von Steigerungen beim Einkommen, das zulasten Angehöriger und anderer geht, weil es umgelegt wird, auch anders lösen können. Wir müssen da anders denken, sonst werden wir den Menschen keine Zukunft geben. Wir müssen ihnen mehr Verantwortung geben. Wir müssen auch einmal Heilkunde übertragen. Jeder, der dort etwas machen will, soll die Chance bekommen, etwas zu tun.

Wir werden dazu vonseiten unseres Hauses mutige Vorschläge unterbreiten, auch zur Pflegereform, weil es eine Schicksalsfrage der Generationen ist, wie wir mit dem Thema Pflege umgehen. Deswegen wollen wir dort auch andere Dinge aufnehmen. Ich kann nur noch mal sagen: Dank und Wertschätzung sind das eine, das zweite sind die Arbeitsbedingungen und wie wir die finanziellen Systeme ausgestalten. Hier müssen wir mutig nach vorne gehen. Dies wird nach meiner Überzeugung die große Herausforderung der Zukunft sein.

(Beifall)

Ich will auch den Krankenhäusern sehr herzlich danken, weil ich glaube, das System der Krankenhäuser ist richtig und wichtig. Ich bin froh, dass wir viele Häuser haben und auch im ländlichen Raum gut aufgestellt sind, dass wir jetzt unterstützen, wenn es um Verlegungen und die Einbeziehung der Rehakliniken mit eigenen Rettungsschirmen geht. Das ist gut und wichtig. Es kann doch nicht sein, dass der Bund jetzt vielleicht im Hinterkopf hat, über sein System der Ausgleichszahlungen Krankenhausplanung zu betreiben. Krankenhausplanung ist Ländersache. In Zukunft müssen wir definieren, wie wir das gemeinsam sehen. Gute Versorgung, was heißt das in einer Region? Welche Rolle spielen Krankenhäuser und andere Dinge? Ich glaube, auch das wird noch mal ein Thema sein. Die Krankenhäuser, die Ärzte und alle, die dort tätig sind, machen das wirklich fantastisch. Auch in Zukunft werden dort Herausforderungen liegen. Denken Sie nur an das Thema Post-COVID-Syndrom, denken Sie daran, welche Folgen dies in Form von Langzeiterkrankungen hat. Hier ist noch vieles ungewiss, das will ich deutlich sagen. Viele warnen, dass hier noch Auswirkungen auf uns zukommen.

Wir werden – um das Thema Impfen aufzugreifen und abzuschließen – auch eine Impfkommision einrichten. Wir werden dort das Thema Härtefälle prüfen. Wir werden uns zusammen mit Experten Gedanken über die Weiterentwicklung dieser Fragen machen. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Beitrag, den wir einbringen können.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Ich glaube, dass wir im Moment Licht, aber durch das mutierte Virus auch Schatten haben, dass wir weiter vorsichtig und umsichtig sein müssen, damit die Maßnahmen, die wir jetzt getroffen haben, gut wirken, und dass wir die Inzidenzwerte weiter senken müssen. Wir haben es gemeinsam in der Hand. Dies ist kein Schicksal, das wir hinnehmen müssen. Jeder von uns kann etwas dazu beitragen. Jeder Einzelne kann einen Beitrag leisten, damit wir trotz aller großen Probleme wie Schulthemen und all diese Dinge, die jeden beschäftigen, und trotz der wirtschaftlichen Einschränkungen, die vorhanden und wichtig sind und die wir auch im Blick haben – ich sage das ganz bewusst –, gut durch diese Pandemie kommen. Trotzdem wäre es an dieser Stelle falsch, jetzt zu lockern. Die Maßnahmen müssen weiterhin tragen. Natürlich brauchen wir Perspektiven, aber wir müssen den Menschen auch sagen: Jetzt ist es umso wichtiger, konsequent dabeizubleiben, gerade mit Blick auf die Virusmutante. Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern das weiterhin gut schaffen werden und dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bin auch überzeugt, dass wir mit Gottes Segen gemeinsam gut durch diese Krise kommen werden.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister Holetschek, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Regierungserklärung. Das war Ihre erste. Herzlichen Dank. – Ich darf als nächste Rednerin die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Frau Katharina Schulze, aufrufen. Frau Abgeordnete Schulze, bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fangen wir mit dem Positiven an: Die Corona-Maßnahmen beginnen zu wirken. Die Infektionskurve fällt langsam. Vielen Dank an alle, die daran mitwirken.

Das ist aber leider noch kein Grund zur Entwarnung. Die Lage ist weiterhin ernst. Uns GRÜNEN machen die Mutationen große Sorgen. Weiterhin infizieren sich jeden Tag zu viele Menschen mit Corona. Weiterhin müssen wir jeden Tag viele Tote betrauern,

und auch Überlebende kämpfen zum Teil mit richtig heftigen, schweren Spätfolgen. Auch wenn die Kurve jetzt in die richtige Richtung abflacht, gilt für uns GRÜNE, lieber noch etwas durchzuhalten, als jetzt leichtsinnig den Erfolg der letzten Wochen zu verspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dummerweise habe ich das Gefühl, dass sich die Geschichte wiederholt, aber nicht im positiven Sinn. Bei den ersten Anzeichen von sinkenden Zahlen wollen manche in der Regierung die Strategie wechseln und schwadronieren von Lockerungen, zum Beispiel bei Skiliften und Hotels. – Ja, Herr Hubert Aiwanger, damit meine ich Sie.

(Zuruf)

Sie erinnern mich mit Ihren Rufen nach Lockerungen für die einzelnen Branchen ein bisschen an den nervigen Mitfahrer, der bei einer 400 Kilometer langen Reise im Auto nach zehn Minuten quengelnd von der Rückbank ruft: Wann sind wir endlich da?

(Zuruf)

Als stellvertretender Ministerpräsident sollten Sie es eigentlich besser wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen muss ich davon ausgehen, dass Sie dies extra tun. Ich halte dies für ein falsches Signal, wenn wir als Gesellschaft gemeinsam diese Pandemie bekämpfen wollen und müssen.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach zehn Monaten Pandemie wissen wir doch eigentlich, wie wir diese Pandemie bekämpfen können: durch Kontaktreduzierung, Mobilitätseinschränkung, Hygienekonzepte und Impfen. Ehrlich gesagt, verwundert es mich, dass dieser Grundsatz von einigen Menschen immer noch infrage gestellt wird.

Ich halte es für gefährlich, dass das Relativieren von Fakten irgendwie normal geworden ist und öffentlich sogar manchmal unwidersprochen bleibt. Ich halte es für falsch, dass die, die am lautesten schreien, oft am meisten Gehör finden.

(Zurufe)

Ich finde auch, es ist schwer zu ertragen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie eigentlich jede und jeder, die bzw. der wissenschaftsbasiert argumentiert, mit Hass und Angriffen überzogen wird. Dies führt nämlich dazu, dass die vielen vernünftigen Stimmen immer etwas leiser und die wenigen Populisten immer etwas lauter werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, hier müssen wir als Demokratinnen und Demokraten weiterhin mit voller Kraft gegensteuern; denn die vielen Herausforderungen, die uns noch bevorstehen, beispielsweise auch bei der Bekämpfung der Klimakrise, werden nicht weniger kompliziert und komplex sein.

(Zuruf)

Wir können also einiges aus der momentanen Situation lernen; denn die verschiedenen Krisen laufen nun einmal parallel. Sie sind an manchen Stellen eng miteinander verwoben und bringen disruptive Veränderungen für uns alle hervor. Die Corona-Pandemie zeigt uns deutlich, wie schwer es uns allen fällt, mit Gleichzeitigkeiten umzugehen. Deswegen sind wir GRÜNE überzeugt: Es reicht nicht, den Blick nur kurz in die Zukunft zu richten und ad hoc schnell zu handeln. Wir brauchen eine langfristige Planung, einen gesellschaftlichen Kompass, wohin wir gelangen wollen, und auch den Mut, einmal neue Wege zu gehen. Darauf kommt es jetzt an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen bin ich überzeugt – und komme heute erneut auf dieses Thema zu sprechen –, dass wir nicht nur eine bessere Performance des Staates beim Krisenmanagement brauchen, sondern auch eine wertschätzende und mitnehmende Kommunikation vonseiten der Regierung sowie Raum für eine gesellschaftliche Debatte. Unsere alte Forderung, endlich eine Corona-Kommission dem Bayerischen Landtag anzugliedern, stellen wir erneut auf; denn nur so schaffen wir es aus Sicht der GRÜNEN, in schwierigen Zeiten eine politische Richtungsentscheidung zu treffen, die die Gesellschaft akzeptiert, nachvollzieht und auch mittragen wird und kann.

(Zuruf)

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir GRÜNEN, dass endlich drei Punkte angepackt werden: erstens ein besseres Krisenmanagement der Regierung, zweitens ein langfristiger und nachvollziehbarer Inzidenzstufenplan mit einem klaren Fokus auf Kinder und Jugendliche und drittens ein schnelleres und sicheres Impfen in Bayern.

Ich fange mit dem ersten Punkt an. Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass viele Menschen in unserem Land bereit sind, viel zu tragen, aber sie werden natürlich unzufrieden, wenn sie die Regeln nicht mehr verstehen, weil sie dauernd geändert werden, wenn sie sich für Informationen oder für einen Impftermin die Finger wundtelefonieren müssen. Sie werden verständlicherweise müde, wenn sie monatelang auf versprochene finanzielle Hilfen warten müssen. Bürgerinnen und Bürger fassen Vertrauen, wenn sie spüren: Hier ist ein Staat, der funktioniert.

Markus Söder – sorry, Sie loben sich ja immer selbst als Krisenmanager. Ja, ich gebe zu, bei der Lautstärke macht Ihnen keiner etwas vor. Wenn man sich Ihre Bilanz aber einmal so anschaut, stellt man fest: Bei Dingen, die Sie umsetzen mussten, kann sich diese Bilanz nicht richtig sehen lassen. Parkbankverbot im Frühjahr, gefühlt jede Woche neue Maßnahmen, Testdebakel an der Grenze im Sommer, vernichtete Impfdosen in Oberfranken, unsinnige 15-Kilometer-Regelung, bei 85 % der Ansteckungen wissen wir nicht mal, wo sie stattfinden, Schuldebakel wegen der mangelnden Digitali-

sierung, Staus an der Grenze zu Tschechien, weil wieder etwas hoppla hopp über Nacht eingerichtet wurde – das sind nur ein paar besonders gewichtige Fails von Ihnen. Sie müssen also dringend Ihr Krisenmanagement verbessern – etwas weniger Interviews, mehr Prozesse optimieren und Akten wälzen! Ihre Regierung liefert bei ganz vielen Themen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich greife mal zwei Themen exemplarisch heraus: erstens, die Teststrategie. Herr Holetschek, ich war sehr erstaunt, als Sie meinten, Ihnen wäre der Schutz in den Alten- und Pflegeheimen super gelungen. – Nein, so ist es nicht. Er ist nicht gut gelungen. Das liegt unter anderem daran, dass die richtige Schutzausstattung nicht bereitgestellt wurde und dass wir immer noch keine gescheite Teststrategie für Alten- und Pflegeheime haben. Wir GRÜNE fordern deshalb, dass Gurgeltests als Pool-Testung ermöglicht werden, dass man das in Altenheimen, in Pflegeheimen, in Krankenhäusern, in Unternehmen und bei möglichen Schulöffnungen flächendeckend anwenden kann. Und ja, wir kämpfen auch weiterhin dafür, dass Corona-Schnelltests zu Hause eingesetzt werden können; denn je mehr wir testen, desto besser.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt. Ich habe kurz gezuckt, als Sie, Herr Holetschek, gesagt haben, bei den Gesundheitsämtern wären wir – ich zitiere – "gut dabei". Sorry! Wir sind im zehnten Monat der Pandemie; die Gesundheitsämter ächzen, weil sie zu wenig Personal haben und weil die Software-Problematik noch immer nicht abgestellt ist. Bei 85 % der Fälle wissen wir nicht, wo sich die Leute angesteckt haben. Anekdoten mehren sich, dass Menschen nach ihrer Quarantäne von den Gesundheitsämtern angerufen wurden oder zwei- oder dreimal vom selben Gesundheitsamt. Das liegt nicht daran, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort nicht gut arbeiten, sondern daran, dass Sie sie in den letzten zehn Monaten nicht gescheit ausgestattet haben, damit sie ihren Job auch machen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Gesundheitsämter bei Inzidenzen über 50 die Kontaktnachverfolgung nicht mehr schaffen, müssen Sie sie dafür ausstatten, dass sie Kontaktnachverfolgung auch bei Inzidenzen über 50 schaffen. Ausbauoffensive für Gesundheitsämter, mehr Personal, mehr IT-Unterstützung und bessere Technik, und das nicht erst morgen, sondern am besten schon heute! Klotzen und nicht kleckern! So!

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt: ein einheitlicher Stufenplan für eine klare Perspektive – auch das fordern wir GRÜNE seit Monaten. Es braucht einen bundeseinheitlichen, nachvollziehbaren Stufenplan, damit Bürgerinnen und Bürger wissen, was wann und in welchem Bereich passiert.

(Zurufe des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Wenn es um Lockerungen ab dem 15. Februar geht, haben Kinder für uns GRÜNE klar Vorrang. Um es ganz plastisch zu machen und vielleicht auch in einer Sprache zu sagen, die auch Sie verstehen, Herr Aiwanger: Ab einem regionalen Inzidenzwert von 100 Kitas in den Regelbetrieb und die 1. und 2. Klasse der Grundschule in den Wechselunterricht, bevor Skilifte und Hotels aufmachen! So geht Prioritätensetzung aus unserer Sicht in einem solidarischen Staat; denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Kinder haben ein Recht auf Bildung, und Kinder brauchen auch andere Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte das mal ganz klar sagen: Wir Erwachsenen können und müssen mehr schultern, und auch Firmen können und müssen mehr schultern. Wir müssen die Rahmenbedingungen setzen, damit Kinder und Jugendliche wieder mehr Raum haben; denn für viele sind diese jetzt bald acht Wochen Lockdown der Bildung wirklich katastrophal.

Deswegen fordern wir GRÜNE in drei Bereichen Veränderungen:

Erstens. Materielle Voraussetzungen für sichere Schulen und Kitas schaffen! Luftfilteranlagen, regelmäßige Schnelltests, ausreichend FFP2-Masken, Anmieten zusätzlicher Räume und digitaler Ausbau!

Zweitens. Druck aus der Schule herausnehmen durch ein Kurzschuljahr und die Reduzierung von Leistungsnachweisen!

Drittens. Gezielte Unterstützung und Förderung von Kindern in schwierigen Situationen mit Lernlücken, beispielsweise durch Brückenangebote!

Die Ideen von uns GRÜNEN liegen seit Monaten auf dem Tisch. Sie übernehmen sie nicht. Ich hoffe und bitte darum, dass sich das jetzt endlich ändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt: das Impfen. Wir GRÜNE haben schon in der letzten Plenarsitzung einen Antrag vorgelegt, um die Impfstrategie in Bayern zu verbessern; ich freue mich, dass Sie ein paar Dinge endlich aufgreifen wollen. Aber ich frage mich schon, wer bei Ihnen in der Staatsregierung den Plan macht und sich ernsthaft vorstellt, dass sich Über-80-Jährige so easy-peasy über ein Online-Tool anmelden können. Das fand ich von Anfang an etwas weltfremd, und ich würde mich freuen, wenn vorher mal über sinnvolle Maßnahmen nachgedacht würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen Punkt muss ich hier noch mal klar ansprechen, weil ich das richtig dreist finde: Markus Söder und Sie als neuer Gesundheitsminister gerade wieder haben über das deutschlandweite Impfdebakel gesprochen. Markus Söder, der Ministerpräsident, der sonst keine Pressekonferenz mit Angela Merkel auslöst und immer gerne vor der Bundespresse die Welt erklärt, zeigt jetzt mit dem Finger auf andere, wenn es um die Verantwortung beim Thema der langsamen Impfstoffbeschaffung geht.

Lassen Sie mich ein paar Punkte klarstellen: Soweit ich weiß, sind Sie CSU-Parteivorsitzender. Soweit ich auch weiß, sind Sie als CSU schon sehr viele Jahre in der GroKo, zusammen mit der SPD, in der Ihre Ministerinnen und Minister mit am Kabinettsitz sitzen. Jetzt stellen Sie sich hier in Bayern hin, kritisieren die Bundesregierung und das Europaparlament, obwohl Sie bei den Entscheidungen mit dabei sind, wenn es darum geht, die Produktion oder Beschaffung von Impfstoffen auszuweiten. Kehren Sie also bitte erst vor Ihrer eigenen Haustür, bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, es ist keine einfache Zeit. Ich weiß auch, dass alle müde sind, erschöpft sind, genervt sind. Ganz viele haben große Sorgen und Angst vor dem, was kommt. Jeden Tag wachen wir alle mit Corona-Meldungen auf und gehen abends mit Corona-News ins Bett. Ich kann – und da spreche ich aus vollem Herzen – emotional total nachvollziehen, dass man sich denkt: Kann es nicht endlich aufhören? – Aber seien wir doch mal ehrlich: Dem Virus ist es ziemlich egal, was ich, was Sie persönlich emotional empfinden. Es geht doch jetzt darum, dass wir als Gesellschaft dieses Virus weiter solidarisch niederringen und dass wir zueinanderhalten, solidarisch sind und gemeinsam diesen Kampf annehmen und dass die Regierung, die verantwortlich ist, ihr Krisenmanagement in den Griff bekommt, die Lücken schließt und die Fehler abstellt, einen langfristigen Stufenplan aufstellt, damit Klarheit herrscht, und vor allem, das sichere Impfen beschleunigt. Das sind die Aufgaben, die jeder und jede an seiner und ihrer Stelle erfüllen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss, da ich grundsätzlich ein optimistischer Mensch bin, sage ich nach vorne gerichtet: Trotz all dieser Herausforderungen, trotz der Patzer der Regierung und bei aller berechtigter persönlicher Genervtheit gibt es auch Gründe, positiv in die Zukunft zu blicken und zuversichtlich zu sein. Dass Impfstoffe in dieser kurzen Zeit

global, gemeinsam, in Kooperation entwickelt wurden, ist ein Geschenk und zeigt, wie Multilateralismus und Zusammenarbeit wirken. Dass sich so viele Menschen in unserem Land an den verschiedensten Stellen abrackern und mithelfen, die Infektionszahlen zu drücken, ist ebenfalls ein Geschenk, für das wir dankbar sein können. Wir arbeiten jetzt also alle gemeinsam langsam, aber sicher auf eine Realität nach Corona hin. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, halten wir zusammen, und halten wir Abstand!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze. – Ich darf als nächste Rednerin die Kollegin Schorer-Dremel aufrufen. – Zuvor gebe ich noch bekannt, dass die FDP-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/12484 namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt hat Frau Schorer-Dremel das Wort. Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Minister Holetschek, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Schulze, in der Ruhe liegt die Kraft, und mit mehr Gelassenheit würde Ihnen vielleicht auffallen, dass die Zuständigkeit für die Beschaffung der Impfstoffe bei der Bundesregierung liegt.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir können froh sein, dass unser Ministerpräsident hier den Finger in die Wunde legt und dafür sorgt, dass wir auch in diesem Bereich schneller und besser voranschreiten können.

Die Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen ist unverkennbar. Die Menschen in Bayern beweisen seit vielen Wochen, dass sie die Gefahren, die von Corona ausgehen, ernst nehmen. Dafür gilt jeder und jedem Einzelnen mein und unser Dank. Wir halten alle zusammen. Dies ist bei Corona der erfolgversprechendste Weg.

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen zeigt eine Tendenz nach unten. Unser Minister hat dies vorhin deutlich dargestellt. Dies ist mehr als erfreulich. Was wäre denn passiert, hätten wir über Weihnachten und Silvester keinen Lockdown gehabt? Wäre die Situation jetzt besser? – Wohl kaum. Wären die Zahlen vielleicht sogar explodiert? – Das ist sehr wahrscheinlich, zeigen uns doch die Beispiele in Irland und Großbritannien, dass es dort tatsächlich so erfolgt ist.

Deswegen geht an dieser Stelle ein aufrichtiger Dank an unseren Ministerpräsidenten, an das Kabinett, für sein besonnenes und umsichtiges Handeln. Ja, er hat richtig viel vollkommen gut und sinnvoll umgesetzt. Die Bayerische Staatsregierung und vor allen Dingen unser Ministerpräsident machen in diesen schwierigen Zeiten eine gute Arbeit, und sie bereiten damit auch den Weg für Entscheidungen im Bund sinnvoll vor. Ich mag mir gar nicht vorstellen, was gewesen wäre, wenn sich im vergangenen Jahr unser Ministerpräsident nicht immer und immer wieder beharrlich mit Vorsicht und Umsicht durchgesetzt hätte. Ich wage auch zu behaupten – nachdem jetzt auch viele Bundesländer unserem bayerischen Weg folgen –: Hätte man etwas früher auf ihn gehört, wären wir jetzt vielleicht noch besser dran.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir dürfen einen Fehler jetzt nicht machen: zu meinen, wir hätten das Virus im Griff. Es kann ohne Weiteres eine zweite, eine dritte, eine vierte oder auch eine fünfte Welle geben. In Irland, Tschechien, Portugal und Großbritannien ist die dritte Welle sogar schon da.

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es ja schon gesagt: Mit Blick auf die Mutationen müssen wir vorsichtig, übervorsichtig sein. Die Situation verlangt weiterhin größte Aufmerksamkeit und Achtsamkeit. Nichts wäre jetzt fataler als ein explosionsartiger Anstieg der Infektionszahlen wie in Irland oder gar in Brasilien. Diese Staaten sollten uns diesbezüglich Warnung genug sein.

Aus Vorsorge für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für die Unternehmen müssen wir jetzt den weiteren Rückgang der Infektionen beschleunigen. Das, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten mühsam gesichert haben, dürfen wir jetzt nicht sehenden Auges verspielen. Bei uns darf es zu keinem unkontrollierten Anstieg der Zahl der Neuinfektionen durch die Virusmutationen kommen. Deshalb müssen die Maßnahmen bis auf Weiteres so bleiben. Mir kommt das ein bisschen so vor, als stünden wir vor einem Hindernisparcours, der schwierig ausgesehen hat; dankenswerterweise hat es aber die letzten Tage geschneit, und plötzlich sieht alles viel leichter aus; die Hürden, die Fallstricke sind plötzlich nicht mehr zu sehen. Deswegen müssen wir auf die Mediziner hören, die uns auch mit Blick auf die Impfung eindringlich vor zu hohen Erwartungen warnen. Trotz Corona-Impfung sei eine Rückkehr zum Alltag noch entfernt. Hinzu kommt: Mit zu schnellen Lockerungen könne man auch den Impferfolg gefährden. Je höher die Fallzahlen, desto mehr bietet sich dem Virus die Chance, sich zu verändern. Das sehen wir schon heute.

Die aktuellen Mutationen, die auch jüngere Altersgruppen besonders treffen, könnten zu vielen Ansteckungen von unter 65-Jährigen führen. Auch wenn schwere Verläufe bei Nichtrisikopatienten vielleicht seltener sind, werden sie bei hohen Fallzahlen dennoch ins Gewicht fallen. Die Anstrengungen von uns allen sollten doch dazu dienen, dass wir nicht Verhältnisse wie vor einigen Tagen und vor einigen Wochen in Großbritannien bekommen, wo Krankenwägen im 30-Sekunden-Rhythmus mit COVID-Patienten zu den Krankenhäusern gefahren sind und die Patienten teilweise sogar in den Wägen behandelt worden sind. Wir wollen das nicht.

Bei Menschen, die wegen COVID-19 in die Klinik mussten, schätzt das Robert-Koch-Institut die Wahrscheinlichkeit von Langzeitschäden auf 40 %. Das Risiko für längerfristige Beschwerden soll selbst bei einem milden Verlauf der Krankheit bei rund 20 % liegen.

Doch COVID bleibt nicht nur eine Angelegenheit der Betroffenen oder der Medizin. Ich wage vorherzusagen, dass auch das soziale Sicherungsnetz die Corona-Langzeit-

schäden zu spüren bekommen wird. Auch deshalb müssen wir versuchen, jede weitere Infektion zu verhindern. Deshalb ist es wichtig, dass die Wissenschaft systematisch Wissen zu den Langzeitfolgen erarbeitet.

Gleichzeitig erhoffe ich mir in diesem Zusammenhang viel von unserer Therapie-Strategie. Deshalb hat jetzt oberste Priorität, die Fallzahlen zu senken, und zwar drastisch, sie tief zu halten und möglichst schnell möglichst viele Menschen zu impfen. Wer jetzt eine Öffnungsdiskussion vom Zaun bricht, hat den Schuss nicht gehört und noch immer nicht verstanden, was Virologen und Mediziner seit Wochen und Monaten gebetsmühlenartig erklären und was sie angesichts der Mutationen Alarm schlagen lässt.

Gesundheit und Wirtschaft haben wir über die Monate gleichermaßen im Blick behalten. Das werden wir auch weiterhin so handhaben. Wir werden das eine nicht gegen das andere ausspielen. Wir können die weitere Entwicklung der Infektionslage nicht annähernd überblicken. Deshalb ist jetzt nicht die Zeit für Lockerungsversprechen oder dafür, mit konkreten Terminankündigungen Öffnungshoffnungen zu schüren.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, das kann man ein wenig mit einer Wanderung vergleichen. Jemand setzt mir einen 30-Kilogramm-Rucksack auf und sagt: Na ja, du hast jetzt 10 Kilometer zu gehen. Wenn ich dann mit Ach und Krach die 10 Kilometer geschafft habe, sagt er: Jetzt noch einmal 5 Kilometer. – Das ist doch viel schlimmer, als wenn man von vornherein sagt: Halten wir durch; wir schaffen das.

Jetzt ist der Zeitpunkt, unser Hirnschmalz so zu verwenden, dass sich die Menschen weiterhin an die Maßnahmen halten, um bei weiter sinkenden Fallzahlen und mit aller Sorgfalt die besonders betroffenen Unternehmen und Branchen am schnellsten wieder in Gang bringen zu können. Es funktioniert nicht zu erklären, ab heute, ab 15:07 Uhr ist Corona beendet, und zu meinen, dass alles wieder weiterläuft. Beispielsweise wurden Irland und Großbritannien von der Mutation genau zu dem Zeitpunkt erwischt, als

ein Ende der Pandemie in Sicht schien. Sehen wir uns in Europa um. Sehen wir nach Österreich, nach Spanien, nach Portugal. Dort ist diese Entwicklung belegt.

Es war schon immer unser Bestreben, die Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen. Zugegeben: Die Auszahlungen der Novemberhilfen hat sich deutlich zu lange hingezogen. Das lag an Software-Problemen beim Bund. Deshalb danke ich an dieser Stelle ganz besonders der IHK für München und Oberbayern, die nun Tag für Tag mit größter Kraftanstrengung die zugesagten Hilfen auszahlt. Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Sie haben – er ist nicht mehr da – vorhin bei der Befragung ziemlich deutlich dargestellt, was gerade auch im Wirtschaftsministerium geleistet wird und dass wir auf einem guten Weg sind.

Genauso haben wir auch Kitas und Schulen im Blick. Kitas und Schulen werden deshalb immer Teil des ersten Öffnungsschrittes sein. Wer unserem Ministerpräsidenten, wer unserer Ministerin Huml und wer jetzt unserem Minister Holetschek zugehört hat, hat in den letzten Wochen und Monaten deutlich herausgehört, dass Kinder und dass Kitas und Schulen als Erstes in die Überlegungen einfließen; denn wir wissen: Kinder und Familien sind von der Krise, sind von Corona besonders betroffen. Die Schüler haben es nicht leicht; manche haben es zu Hause sogar sehr schwer. Sie brauchen Hilfe. Ganz viel wird von Müttern, von Vätern, von Omas und Opas aufgefangen, die eine Mehrfachbelastung schultern. Distanzunterricht ist nur eine Notlösung und muss es auch bleiben. Schule kann nicht dauerhaft zu Hause stattfinden. Genauso wichtig ist die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten.

Corona ist aber eine Ausnahmesituation. Gleichzeitig – ich meine, das geht vielen im Haus auch so – bin ich immer wieder fasziniert und stolz auf das, was unsere Kinder zuhause alles hinbekommen können. Ich habe unendlich viele kreative Ideen von ehemaligen Kolleginnen und Kollegen genannt bekommen, die weit entfernt von Wechselmappen oder den zitierten Arbeitsblättern von ihren Schülern aktive Beteiligung einfordern. Ich möchte an dieser Stelle diesen kreativen Lehrerinnen und Lehrern, unserem pädagogischen Personal Danke sagen für die Kreativität, für die persönliche Kontakt-

aufnahme, für die Ideen, auf die sie kommen, zum Beispiel Lesetexte als WhatsApp zu versenden oder kleinere Musikvideos selbst zu erstellen. Das ist einfach toll, und wir sollten nicht immer nur schimpfen, sondern wir sollten diesen Leuten wertschätzend und vor allen Dingen auch sehr glücklich einmal unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich brauchen wir für die Abschlussklassen Präsenzunterricht, und es wird auch hoffentlich bald den Wechselunterricht in anderen Jahrgangsstufen geben, vor allem in der Grundschule. Aber es muss verantwortbar sein. Einen Rückfall in den nächsten Lockdown zu riskieren, ist keine Option. Dafür haben wir bis jetzt viel zu viel auf uns genommen.

Die Situation ist für uns alle belastend. Wie sicherlich viele von uns im Hohen Haus erreichen mich Schreiben von Bürgern, die sich ein Ende der Pandemie herbeisehen. Zahlreiche Unternehmen befinden sich unverschuldet in dramatischen Situationen. Aber das Motto der Bayerischen Staatsregierung, Vorsicht, Umsicht und Sicherheit, geht vor.

Den vermeintlichen Widerspruch zwischen den sinkenden Infektionszahlen und der Weiterführung der Maßnahmen müssen wir aushalten. Das Virus schläft nicht. Vielleicht sollten wir uns in diesem Hohen Haus öfter mal darauf besinnen, dass unser Gegner kein politischer ist, sondern ein Krankheitserreger. Deswegen liegt es an jedem Einzelnen, dazu beizutragen, dass Corona hoffentlich bald seinen Schrecken verliert.

Halten wir zusammen, stützen wir uns gegenseitig, schauen wir, wie es dem Nachbarn geht, und vergessen wir vor allen Dingen nicht: Bei allen Wünschen nach Öffnung der Bars, Öffnung irgendwelcher Geschäfte, nach Urlaubsfahrten, sollten wir einmal daran denken, wie viele Frauen und Männer, Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte derzeit am Limit sind, mehr tun, weil ihnen der Nächste wichtig ist. Oberste Priorität ist und sollte für uns alle sein, das Leben der Menschen in Bayern zu schützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Ich bedanke mich bei Frau Abgeordneter Schorer-Dremel. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste ist von Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Schorer-Dremel, Sie sprechen hier ja für die Staatsregierung und für Herrn Söder, der sich heute nicht äußern mag, wie ich sehe. Die letzten Tage haben einige sehr interessante, aber widersinnige Dinge hervorgebracht: Die WHO stellt den Umgang mit den PCR-Tests komplett infrage, also die Grundlage für Ihre ganze Pandemie. Ein Amtsgericht in Weimar erklärt die Maßnahmen der Bundesregierung weitestgehend für verfassungswidrig. Intensivmediziner geben offiziell Entwarnung. Es stehen nämlich genug Betten zur Verfügung. Studien von der LMU und der Stanford University zeigen, dass Lockdowns nachteilig sind: Sie wirken nicht nur nicht, sie sind sogar mit Schaden behaftet. Gleichzeitig haben wir heute gehört, dass die Infektionszahlen heruntergehen. Das gilt selbst für Bayern. Das heißt, das Fazit ist: Sie verschärfen die Maßnahmen trotz dieser Erkenntnisse und der sinkenden Infektionszahlen.

Meine Frage ist daher: Wann lassen Sie uns endlich wieder frei? Sie sprechen heute ja schon von der dritten, vierten und fünften Welle des Lockdowns. Wann werden Sie uns endlich wieder freigeben? Oder werden Sie uns nie wieder freilassen?

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Abgeordnete Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Erstens. Ich spreche für meine Fraktion, für die CSU-Landtagsfraktion. Für die Regierung hat Herr Kollege Holetschek gesprochen.

Zweitens. Ich bin immer wieder erstaunt, wo Sie diese ganzen Studien hernehmen, die wir dann regelmäßig nach und nach zerlegen. Ich darf Sie vielleicht darauf hinweisen, dass es eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena gibt,

das gerade deutschlandweit eine Untersuchung zu den hohen Inzidenzzahlen in Gegenden mit hohen AfD-Werten durchführt.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse. Ich darf auf den Ostbeauftragten der Bundesregierung verweisen, Marco Wanderwitz, der das vorgestellt hat.

Das Nächste ist: Sie sind frei. Ich sage es noch mal: Ihre Freiheit hört dort auf, wo meine beginnt. Meine Freiheit hört dort auf, wo Ihre beginnt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie weiterhin versuchen, uns hier einzureden, dass Sie nicht frei sind, dann dürfen Sie sehr gerne nach Spanien oder vielleicht nach Manaus gehen. Dort sind Zustände!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der AfD: Wir bleiben aber hier! – Leider!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Plenk. Herr Abgeordneter, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Schorer-Dremel, als Grundschullehrerin sind Sie es natürlich gewohnt, Märchen zu erzählen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Was mir bei Ihren Ausführungen immer zu kurz kommt, ist ein ganzheitlicher Ansatz. Sie sagen ja letztendlich, dass Ihre Politik alternativlos ist. Insgesamt ist es klar, dass durch Ihre Politik Lebenszeit verloren geht. Sie machen die Menschen nicht gesünder, sondern krank. Konkret habe ich zwei Fragen:

Welche Alternativen zu den aktuell getroffenen, harten Lockdown-Maßnahmen haben Sie geprüft, und warum wurden diese Alternativmaßnahmen nicht in Erwägung gezo-

gen? Wie lange wollen Sie weiterhin unsere Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten einschränken?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Bitte schön, Frau Abgeordnete Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Als Grundschullehrerin sage ich: Märchen stehen im Lehrplan eines jeden Jahres im Leseunterricht in der ersten, zweiten, dritten und vierten Klasse. Märchen sind also im Lehrplan. Das ist Punkt eins.

Zweitens. Sie verkürzen gerade meine Lebenszeit, weil Sie nämlich nicht zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch wenn ich als Grundschullehrerin weiß, dass die Kraft in der Wiederholung liegt, habe ich nach 25 Jahren auch gelernt, dass es bei manchen hoffnungslos ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass auch die AfD für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/12482 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Roland Magerl von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Holetschek, als Bürgerbeauftragter war es Ihre Aufgabe, den Menschen in Bayern zuzuhören und ihre Sorgen ins Parlament zu tragen. Als Staatssekretär und jetzt als Gesundheitsminister scheint es Ihre neue Aufgabe zu sein, wegzuhören und gemeinsam mit Markus Söder, getrieben von Aktionismus, jede

Woche eine neue Sau durchs Dorf zu treiben. Wehe, einer widerspricht. Herr Aiwan-ger ist leider nicht da.

Monatelang waren Sie Staatssekretär, seit drei Wochen sind Sie Gesundheitsminister. Pläne zum Schutz vulnerabler Gruppen gibt es fast null. An dieser Stelle möchte ich nochmals klipp und klar feststellen: Wir sind keine Corona-Leugner. Das können Sie noch so oft wiederholen.

(Florian von Brunn (SPD): Doch, seid ihr schon!)

– Ja, da haben wir es schon wieder! Dinge infrage zu stellen, heißt nicht, sie zu leugnen.

(Beifall bei der AfD)

Alle in einen Topf zu schmeißen, ist ein klassisches Verhalten von Menschen, die sich ertappt fühlen oder keinen Ausweg mehr sehen. Daher freut es mich umso mehr, dass Ihnen sogar der Verwaltungsgerichtshof Paroli bietet und gestern die 15-Kilometer-Regel gekippt hat. Die war von Anfang an Blödsinn, aber toller Aktionismus.

Als Maß aller Dinge gilt nun die 7-Tage-Inzidenz mit der magischen Grenze von 50, weil bei allem darüber die Gesundheitsämter angeblich nicht mit der Nachverfolgung klarkommen. Da stellen sich viele Fragen: Warum hat man im Sommer nicht dafür gesorgt, die Gesundheitsämter so zu stärken, dass sie auch über 50 noch zurechtkommen? Oder die Frage, wieso auch Bewohner von Alten- und Pflegeheimen, Patienten von Kliniken oder Insassen von Justizvollzugsanstalten bei der Inzidenz zählen, obwohl diese Menschen mangels Mobilität wohl eher kein Risiko darstellen, Superspre-ader zu werden. Dazu kommt, dass auch der Ct-Wert beim PCR-Test eine Aussagekraft hätte, dieser aber gar nicht miteinbezogen wird. Dies hat jüngst auch die WHO kritisiert.

Zum Inzidenzwert: Liegt die 7-Tage-Inzidenz über 50, so war es das mit der Freiheit. Berufsverbote werden ausgesprochen, Schulen werden geschlossen, und die Corona-Stasi schreibt auf, wer abends noch Zigaretten holt.

Für eine Stadt wie Weiden bedeutet das Folgendes: 26 Menschen sind positiv getestet. Auch wenn alle diese 26 positiv Getesteten in einem Seniorenheim wären, nehmen Sie die gesamte übrige Bevölkerung in Geiselnhaft. Neue Konzepte? – Leider Fehlanzeige.

(Beifall bei der AfD)

Sie brauchen mir nicht zu erzählen, dass das Gesundheitsamt mit 26 infizierten Menschen schon überfordert ist.

Hinzu kommt, dass die Menschen die ganzen Regeln eh nicht mehr verstehen. Ich darf abends neben meiner Frau schlafen, ich darf aber nicht mit ihr zu den Schwiegereltern. Ich darf mit Edith, Thomas, Stefan und Birgit im Großraumbüro arbeiten. Wenn wir aber miteinander spazieren gehen, zahlt jeder einen halben Monatslohn Strafe.

Nun gibt es die Mutationen aus England und Südafrika, die hier schon angesprochen worden sind. Schon kann man den Menschen wieder Angst und Panik einreden und sie vor sich hertreiben. Wer getrieben wird, stellt keine blöden Fragen, auf die die Staatsregierung ohnehin keine Antworten mehr hat. Mehr Beschränkungen und noch mehr Ängste schüren, das ist die Maxime. So war es zum Beispiel gestern im "Focus" zu lesen. Söder warnt vor Corona-Mutante. Das mutierte Virus ist da, es wächst. – Ein Virus wächst nicht!

Eines bleibt seit Beginn der Pandemie gleich: Die Panik muss bestehen bleiben. Nebenbei gibt es noch ein wenig Bauerntheater mit dem Titel: "Hubert und Markus – zwei außer Rand und Band". Der hochgeschätzte Kollege Aiwanger – er ist leider weg – hat zuletzt gefordert, Skilifte und Hotels zu öffnen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist schon einmal ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es scheint fast so, als hätte Aiwanger die Bodenhaftung noch nicht verloren und wolle retten, was zu retten ist. Besonders amüsant dazu ist die Geschichte vom Haus- und Hofberichterstatter BR, wie sich der Corona-Zoff hochschaukelte: Aiwanger wird von Söder eingebremst und auf eine gemeinsame Linie eingeschworen, also: Schnauze halten und das machen, was ich sage. Söder verkündet öffentlich Corona-Verschärfungen, ohne sich mit dem Koalitionspartner abzustimmen – nach dem Motto: Der Staat bin ich. Söders Abrechnung mit Aiwanger: Eine Aussage, in der jedes einzelne Wort auf Aiwanger gemünzt ist.

Herr Aiwanger – auch in Abwesenheit –, Sie sind der Einzige in der Regierung, der den sozialen Frieden und die Wirtschaft und somit die Existenzgrundlage vieler Menschen wiederherstellen kann.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben eine sehr große Verantwortung, und dazu gehört auch, dass man diese Koalition in Frage stellen muss, wenn sie nicht mehr funktioniert. Die nächste Koalition mit den "Grün*innen" wird doch schon längst im Hinterstübchen geschmiedet. Außer einem Artikel in der Zeitung mit dem Titel "Die FREIEN WÄHLER von der CSU kaputtumarmt" wird dann nichts mehr übrig bleiben. Wollen Sie Ihren Ruf als Wirtschaftsminister auf ewig behalten? Über die vielen anderen Pannen wie Testchaos, Maskenrückruf, verbockter Impfstoff, Bildungsmisere dank Corona und die Polizeifeier mit dem Innenminister etc. will ich gar nicht reden. Am Ende heißt es immer nur: Die AfD schimpft nur und hat keine Lösungen.

(Beifall bei der AfD)

Das stimmt natürlich nicht. Jetzt wissen wir aber, wie mit den Anträgen der AfD umgegangen wird. Nicht wahr, Herr Vizepräsident Heubisch?

Das Kernproblem ist das durch Ihre Regierung kaputtgesparte Gesundheitssystem. Krankenhäuser werden am laufenden Band geschlossen, und das Pflegepersonal soll im Minutentakt von Patient zu Patient springen. Die sogenannte Corona-Krise zeigt jetzt schonungslos Ihr Versagen in den vergangenen Jahren auf.

(Beifall bei der AfD)

Setzen Sie die Corona-Tests sinnvoll ein, um vulnerable Gruppen zu schützen. Mit Speicheltests kann sich das Pflegepersonal täglich vor Dienstbeginn selbst testen. Schaffen Sie die Dinger ran. Stellen Sie den Einrichtungen genügend Personal und vor allem Material zur Verfügung, damit eine getrennte Pflege von positiv und negativ getesteten Bewohnern möglich ist. Nur so lässt sich eine Verschleppung in den Heimen vermeiden. Sorgen Sie für einen Personalpool, der dafür sorgt, dass keine positiv getesteten Pflegekräfte aufgrund von Personalmangel eingesetzt werden müssen. Das, was derzeit aufgrund fehlenden Personals geschieht, ist absolut verantwortungslos.

Entzerren Sie endlich den Personennahverkehr. Sie predigen Abstand, doch in den U-Bahnen und Bussen stapeln sich zu Stoßzeiten die Leute.

Auch von den anderen Oppositionsparteien hier im Haus kommen viele gute Vorschläge. Fangen Sie endlich damit an, die Gesundheit der Bürger nicht mit der Politik zu vermischen, Herr Holetschek. Hören Sie endlich damit auf, die bayerischen Bürger mit Aktionismus und Weltuntergangsszenarien zu verunsichern, und ergreifen Sie Maßnahmen, die nutzen. Handeln Sie verhältnismäßig, zielgerichtet und verständlich. Sie sind ein Gesundheitsminister, der sich um die Gesundheit der bayerischen Bevölkerung kümmern soll, und kein Justizminister, der Leute einfach wegsperrt.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Magerl. Die Maske bitte nicht vergessen! – Dann darf ich den Abgeordneten Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Je mehr ich den Herren Magerl und Hahn zuhöre, desto klarer wird mir, weshalb ihrer Partei zwischenzeitlich nicht nur die Fraktionsmitglieder, sondern auch die Parteimitglieder davonlaufen. Ich halte beides für gut für unsere bayerische Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zurück in die Realität: Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es bleibt auch heute noch einmal das große Paradoxon dieser Tage. Diejenigen, die sich wie so viele und völlig verständlicherweise mehr Freiheit und Normalität wünschen, haben naturgemäß die allergrößten Probleme mit Beschränkungen und deren Verlängerung. Zugleich führt der einzige Weg in Richtung Normalität und Freiheit, der derzeit gangbar ist, aber über genau diese Beschränkungen und genau diese Einschränkungen. Auflösen lässt sich dieses Paradoxon auch heute nur wieder dadurch, dass wir mit der Mehrheit des Hohen Hauses unpopuläre Entscheidungen wie eine nochmalige Verlängerung des Lockdowns treffen, um gemeinsam geteilte populäre Ziele in Richtung Normalität und Freiheit erreichen zu können.

Unsere Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU hat für diesen Weg zum Ziel der Normalität und Freiheit und zur Überwindung dieser Pandemie eine klare Strategie vorgeschlagen, die mit der von mir an gleicher Stelle vielfach zitierten Bayerngleichung aus "Vorsicht, Umsicht und Zuversicht" überschrieben ist.

Unter dem Eindruck der einen oder anderen Medienberichterstattung der letzten Tage, die daran Zweifel aufkommen lassen könnte, möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal diese Bayerngleichung insbesondere auf die Pandemiebewältigung in den nächsten Wochen und Monaten anzuwenden und daraus abzuleiten, welche Conse-

quenzen und Maßnahmen für unser Land und seine Menschen in den nächsten Wochen und Monaten zu erwarten sind.

Zunächst eine erste Phase: Sie ist überschrieben mit dem Motiv der Vorsicht und wird in unserer heutigen Beschlussfassung über die nochmalige Verlängerung des nicht mehr verschärften, aber längeren Lockdowns bis zum 14. Februar zum Ausdruck gebracht. Dass diese Verlängerung nötig ist, liegt, glaube ich, auf der Hand. Sie ist aus mindestens zwei Gründen auch sachlich richtig.

Zum Ersten ist sie deshalb richtig, weil wir mit dieser Entscheidung noch einmal Zeit gewinnen, um einen vertieften wissenschaftlichen Blick auf die Entwicklung der Mutationen zu werfen. Sie ist auch wichtig, um Zeit dafür zu gewinnen, besser abschätzen zu können, was das, was gerade in England und andernorts aus dem Boden sprießt, für unsere Corona-Strategie und für die Krisenbewältigung hier in Bayern bedeutet.

Zum Zweiten ist dieser Schritt der nochmaligen Verlängerung des Lockdowns deshalb richtig, weil darin die Grundbedingungen für die uns FREIEN WÄHLERN bekanntermaßen so wichtige Öffnungsperspektive bestehen. Wie meine ich das? Warum ist das so? – Wir befinden uns derzeit – und das wird in der öffentlichen Wahrnehmung ein wenig unterreflektiert – nach wie vor in einem diffusen Infektionsgeschehen. Unsere Gesundheitsämter sind aufgrund der hohen Inzidenzen dieser Tage nicht in der Lage nachzuvollziehen, wer sich wann und wo mit diesem Virus infiziert. Solange das der Fall ist, kann nicht abgeschätzt werden, wo das passiert. Solange das der Fall ist, verdient jeder, der sagt, dort und hier und in dieser oder jener Branche kann nichts passieren, eher den Medizin-Nobelpreis als die politische Entscheidungsbefugnis. Wir müssen die Zahlen also zunächst einmal so weit drücken, dass wir bewerten können, wo die Infektionsketten entstehen, um anschließend dort öffnen zu können, wo das Infektionsgeschehen gering ist, und dazu brauchen wir auch entsprechende Studien. Der erste Schritt und die erste Phase sind also eindeutig die Verlängerung des Lockdowns unter dem Motiv der Vorsicht bis zum 14. Februar.

Die zweite Phase, die parallel zu beginnen hat, findet sich im Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN wieder. Von ihr habe ich unter der Überschrift "Bayernplan für den Exit" seit Oktober letzten Jahres in allen Plenarsitzungen immer wieder gesprochen. Es gilt, über die Vorsicht hinaus mit Umsicht eine Strategie zu entwickeln, wie wir über sukzessive verantwortbare Öffnungen zu einem Leben mit dieser Pandemie gelangen können, ja, zu einem Leben mit Corona für die Zeit, bis es uns gelingt, diese Pandemie über Impfungen und Therapien final zu überwinden.

Auch das ist nach meiner festen Überzeugung aus mindestens zwei Gründen bitter notwendig: zum Ersten deshalb, weil es unsere Aufgabe ist, als Politik und Gesellschaft eine zunehmend genervte, eine immer ungeduldigere Gesellschaft weiterhin zum Mitmachen zu motivieren, weiterhin dazu zu motivieren, sich an Regeln zu halten, um als Team Bayern diese Gemeinschaftsaufgabe, die Pandemie, in die Flucht zu schlagen, meistern zu können.

Diese Motivation wird mit zunehmender Ungeduld immer schwieriger gegenüber Depressionen, Angst und diesen "Mehltau" in allen Bereichen unserer Lebenswirklichkeit. Die Motivation wird dann bei den Menschen in unserem Land höher sein, wenn wir ihnen eine Perspektive, ja, einen Bayern-Plan an die Hand geben, wenn wir Ihnen sagen: Jetzt an die Regeln halten, nicht um des Zusperrrens willen, sondern um daraus die klare Perspektive für die nächsten Schritte in Richtung Normalität und Freiheit zu entwickeln.

Zum Zweiten sind Wirtschaftshilfen, liebe Kolleginnen und Kollegen – Herr Staatsminister Aiwanger hat es heute skizziert –, in Bayern im Übrigen selbstredend besser aufgestellt als irgendwo anders auf diesem Erdball. An dieser Stelle ein ausdrückliches Dankeschön für das Insistieren des bayerischen Wirtschaftsministers in Berlin, der dafür gesorgt hat, dass sich das so verhält.

Nichtsdestoweniger sind Wirtschaftshilfen keine Dauerlösung. Nichtsdestoweniger kann die Wirtschaft in unserer gemeinsamen Heimat nicht durch ein ganzes Jahr am

Tropf des Staates getragen werden. Im Gegenteil: Wir müssen dafür sorgen, eine Öffnungsperspektive aufzuzeigen, wir müssen einen Bayern-Plan, eine Strategie dafür entwickeln, wie die bayerische Wirtschaft, wie die Menschen in unserem Land wieder auf eigenen Beinen stehen und Geld verdienen sowie Wertschöpfung generieren können in einer Zeit der Pandemie, nach dem aktuellen Lockdown, aber bevor die Pandemie final überwunden werden kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zu guter Letzt – das ist die dritte Phase unserer Bayern-Gleichung zur Bewältigung dieser Pandemie; sie ist mit dem Attribut "Zuversicht" überschrieben – geht es um die Langzeitstrategie gegen die Pandemie. Dabei geht es um Impfen, Impfen, Impfen einerseits und andererseits darum, weiterhin den Forschungsturbo für Therapieansätze hochzuhalten, immer mit der Idee, schwere Verläufe abmildern zu können und Todesfälle zu vermeiden. All das – ich wiederhole es ausdrücklich – steht nicht unter der Maßgabe einer Impfpflicht, im Gegenteil, aber sehr wohl mit dem Rückenwind einer breit angelegten, intensiven und leidenschaftlichen Impfkampagne, für die unsere Regierungskoalition seit Monaten wirbt; denn ich denke, dass es nötig ist, aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen. Mit anderen Worten ist jeder Künstler, der gern wieder vor vollen Rängen auftreten möchte, ist jeder Sportler, der gern wieder in vollen Stadien agieren möchte, herzlich eingeladen, uns bei diesem Meinungsbildungsprozess zu unterstützen.

Das kann Politik nicht allein. Wir müssen insgesamt aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus als Team Bayern ein Klima schaffen, in dem die Menschen aus eigener Überzeugung mitmachen. Eine liberale Demokratie wie die unsere kann etwas wie das Impfen nicht verordnen, sie kann aber sehr wohl dazu motivieren, und sie kann das Bewusstsein dafür herstellen, dass einzig über Impfen wieder Freiheit und Normalität einkehren können, und das ist unser gemeinsames Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Mit dieser Kombination aus Impfen und den Therapien wird es – da bin ich zuversichtlich – möglich sein, im Verlauf dieses Jahres die Pandemie final zu überwinden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind wir nach fester Überzeugung der Freie-Wähler-Regierungsfraktion dabei mit der Bayern-Gleichung aus Vorsicht, Umsicht und Zuversicht bestens aufgestellt. Zunächst gibt es kurzfristig die nochmalige Verlängerung des Lockdowns unter der Überschrift "Vorsicht", ohne den Lockdown zu verschärfen, aber doch mit dem Ziel, ihn zu verlängern, anschließend als mittelfristige Strategie den Bayern-Plan für den Exit, das Einstellen auf ein Leben mit der Pandemie, und final die Überwindung der Pandemie über den Impfstoff und die Therapieansätze – das ist der einzig gangbare, mit Sicherheit kein vergnügungssteuerpflichtiger, aber doch ein zielorientierter Weg, mit dem es gelingen wird, unser Land und seine Menschen bestmöglich durch die Pandemie zu geleiten.

Ich denke, dass heute eine Art Bergfest im Rahmen der Bewältigung der Pandemie sein kann.

Zurufe

Bislang haben wir im Wochenrhythmus immer wieder darüber zu befinden gehabt, die Lockdown-Situation nochmals zu vertiefen und zu verschärfen; jetzt sind wir erstmals in der Lage zu verlängern, ohne dass weitere Verschärfungen nötig sind. Die Zahlen sinken, und ich würde mir sehr wünschen – und so auch die Freien Wähler im Bayerischen Landtag insgesamt –, dass wir beim nächsten Mal miteinander über erste Lockerungen diskutieren können. Das wäre der richtige Weg. Diesen Weg mit uns zu gehen, dazu laden wir Sie herzlich ein – unter dem Motiv der Umsicht, Vorsicht und Zuversicht.

(Zuruf)

Das ist Ausdruck des Dringlichkeitsantrags beider Regierungsfractionen, und wir laden Sie herzlich ein, diesem heute zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Bitte bleiben auch Sie am Rednerpult. Es gibt eine Intervention des Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Mehring, Sie haben jetzt trotz aller Wortakrobatik nicht gesagt, wofür Sie eigentlich stehen. Noch einmal ein paar Fakten: Ihr Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat schnelle Lockerungen der strikten Corona-Regeln gefordert. Ihr Vize-Generalsekretär hat gesagt – ich lese es vor –: "Corona-Diskussionen dürfen nicht mit prophetischer Weltuntergangsstimmung à la Söder geführt werden."

Herr Mehring, jetzt haben Sie es vermieden, sich zu positionieren, und ich habe einige konkrete Fragen: Was bringt Ihrer Meinung nach der gezielte Einsatz von FFP2-Masken, und was bringen die guten Hygienekonzepte? Ist der Einsatz von FFP2-Masken Ihrer Meinung nach geeignet, den wirtschaftsschädigenden Lockdown endlich zu lockern? Sollen die Grund- und Förderschulen aus sozialen Gründen bald wieder öffnen, wie es der Herr Aiwanger gefordert hat? Nehmen die Freien Wähler die Existenzsorgen der betroffenen Branchen in diesem Zusammenhang überhaupt ernst oder nicht? Glauben Sie, dass die Kollateralschäden langsam zu groß werden, oder glauben Sie es nicht? Ja, und wofür stehen Sie eigentlich? Sie haben jetzt den sogenannten Bayern-Plan zitiert. Wo steht denn der? – Dazu habe ich noch nichts gelesen und nichts gehört.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit, Herr Kollege!

Gerd Mannes (AfD): Die letzte Frage wäre: Gibt es bei euch nur "Ja, Markus", oder habt ihr auch eine eigene Meinung?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kollege Mannes, Sie sagten, ich hätte es vermieden, mich zu positionieren. Im Gegenteil, ich habe Ihnen nochmals fein ziseliert dargelegt, wie sich die einstimmige Beschlussfassung unserer Bayern-Koalition eingedenk aller zitierten Kolleginnen und Kollegen derzeit darstellt. Dazu ist es, denke ich, wichtig, sich noch einmal die Unterscheidung der Phasen, die ich Ihnen näherzubringen versucht habe, klarzumachen: Wir haben einen Konsens darüber, dass zunächst einmal der bestehende Lockdown in unverschärfter Version bis zum 14. Februar verlängert wird; und ich habe, glaube ich, sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass es nach fester Überzeugung der freie-Wähler-Regierungsfraktion notwendig ist, bis zu diesem Zeitpunkt einen Plan für den Exit zu entwickeln.

Dass in dieser Phase, während der ein solcher Plan definiert wird, dessen Definition übrigens auch die Ministerpräsidentenkonferenz einvernehmlich beschlossen hat, und diskutiert wird, wie dieser Plan zum Besten für unser Land und seine Menschen ausfallen kann, halte ich für die demokratische Triebfeder einer jeden Koalition. Ich habe volles Verständnis dafür, dass man sich nach Jahrzehnten absoluter Mehrheit in Bayern vielleicht erst wieder daran gewöhnen muss; aber dass Koalitionäre intensiv um den besten Weg ringen und miteinander diskutieren, das ist ihnen nicht vorzuwerfen, das ist auch kein Zoff, sondern es ist die Triebfeder jedes demokratischen Wirkens.

Genau das tun wir. Wir haben den Konsens für die heutige Beschlussfassung, und wir werden auch am 14. Februar wieder einen Konsens haben. Ich hoffe sehr, dass es einer sein wird, der sich in ersten Lockerungen ausdrückt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. Das wär's gewesen. Maske nicht vergessen! – Ich darf in der Zwischenzeit die Frau Abgeordnete Ruth Waldmann aufrufen, stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Vor ganz genau einem Jahr hatten wir den ersten Corona-

Ausbruch in Deutschland bei uns in Bayern, bei einer Firma im Landkreis Starnberg. Es ist damals gelungen, ihn relativ schnell einzudämmen. Das hat sichtbar gemacht, was im Kleinen schon ganz gut funktioniert hat, aber im Großen und später dann eigentlich überhaupt nicht mehr, als wir dann das Virus bei uns im Land hatten.

Die Frage war auch damals schon: Welche Lehren hat man aus diesem ersten Erfolg gezogen, welche Strategien haben wir daraufhin entwickelt? – Leider erst einmal überhaupt keine Lehren. Es kamen dann die Faschingsferien mit relativ uneingeschränkter Reisetätigkeit; anschließend wurden die Schulen komplett wieder geöffnet, wenn auch nur für kurze Zeit, aber all das hat gereicht, um von Ischgl und ähnlichen Hotspots aus für eine große Verbreitung zu sorgen. Die Lehren, die wir dann aus dem Fasching und den Faschingsferien ziehen mussten, haben leider nicht dafür gereicht, den Sommer gescheit vorzubereiten. Die Ferien waren für Sie offenbar mehr oder weniger überraschend, aber es war doch klar, dass es zu einer erheblichen Reisetätigkeit kommen wird, dass wir Rückkehrer haben werden und dass es ein erhöhtes Testaufkommen geben wird. Wenn wir jetzt zurückschauen, dann müssen wir uns immer auch fragen, was wir aus dem, was wir bisher gemacht haben, lernen, um das in Zukunft besser hinzubekommen.

Ich darf auch darauf hinweisen, weil auch das praktisch ein Jahrestag ist, dass ich seit Februar des vergangenen Jahres immer wieder angemahnt habe, dass wir eine vernünftige Teststrategie brauchen. Ich habe vorgeschlagen, regionale Testzentren im ganzen Land und in jedem Landkreis einzurichten. Monatlang musste ich mir anhören: Das braucht es nicht; die Waldmann, die SPD sollen doch nicht so einen Dampf machen. – Es hat tatsächlich bis September gedauert, bis wir diese regionalen Testzentren flächendeckend hatten. Das war nicht gut. Es hätte uns besser geholfen, wenn wir damit früher drangewesen wären.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso früh war ich, waren wir auch dran, auf die Situation der Menschen in den Alten- und Pflegeheimen und in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung hinzuweisen. Seit dem ersten Tag der Pandemie war doch klar, dass hier die größte Gefahr lauert. Es war klar, dass Menschen dort schwer erkranken, dass es zu Todesfällen und zu großen Ausbrüchen kommt. Leider hat diese Erkenntnis aber nicht dazu geführt, dass das von Anfang an die höchste Priorität gehabt hätte. Am Anfang war es sehr, sehr schwierig, die Versorgung mit Schutzmaterial sicherzustellen, mit Masken, Kitteln, Desinfektionsmitteln und so weiter. Ein verbindliches Testkonzept in den Alten- und Pflegeheimen haben wir erst seit Ende des vergangenen Jahres. Das muss man sich einmal vorstellen. Das hat wirklich eindeutig zu lange gedauert. Sie wissen, Sie haben mich hier an diesem Pult sehr oft gehört: Ich habe das wirklich gebetsmühlenartig, fast wöchentlich, eingefordert und wiederholt. Auch das muss man sagen, wenn man sich die erschütternden Infektionszahlen in den Heimen anschaut, die Meldungen über schwere Verläufe und Todesfälle. Da muss man sich schon fragen: Haben wir wirklich alles getan, was wir tun konnten?

Von Anfang an war es ein vermeidbarer Kardinalfehler, diejenigen, die die getroffenen Maßnahmen ausführen müssen, nicht einzubeziehen. Das waren zum Beispiel die Träger und die Einrichtungsleitungen. Sie waren betroffen von schockartigen Schließungen bzw. von Aufnahmestopps mit Besuchsverböten, die teilweise wirklich schreckliche Folgen hatten. Die Alten, die Kranken und die Behinderten waren wirklich isoliert und weitgehend weggesperrt. Ebenso plötzlich kam dann die Öffnung am Muttertag. All das war nicht abgestimmt mit denjenigen, die das umsetzen mussten. Gott sei Dank haben es die Leitungen und die Mitarbeiter in den Pflege- und Altenheimen, in den Kliniken und den Einrichtungen mit großem Aufwand und Engagement trotz des großen Andrangs immer wieder geschafft, alles gut hinzubekommen. Damit haben wir ihnen aber immer mehr abverlangt, als eigentlich nötig gewesen wäre und was bei gemeinsamer Planung auch möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt übrigens auch für Ihr eigenes Ministerium für Gesundheit und Pflege, für die verschiedenen Abteilungen, für die Behörden in den Landkreisämtern und in den Gesundheitsämtern. Auch sie werden immer wieder überrascht von Vorgaben und Maßnahmen, die manchmal nur schwer umzusetzen sind.

Die pflegenden Angehörigen sind damals und auch heute ganz außen vor geblieben. Dabei wissen wir alle, dass sie den größten Teil der Pflegeleistungen stemmen. Dieser Aufnahmestopp war wirklich furchtbar. Manche haben am Anfang der Pandemie ihre Lieben erst einmal zu sich nach Hause geholt und gesagt: Da sind wir erst einmal sicher, da sind wir beieinander. Aber mit dem Aufnahmestopp konnten sie dann gar nicht mehr zurück. Sie konnten auch vorgesehene Quarantänemaßnahmen überhaupt nicht einhalten, weil man die Quarantäne zu Hause nicht durchführen durfte, obwohl die Betroffenen dort genug isoliert waren. Es gab auch nicht genug Plätze, um die Quarantäne wirklich zu machen. Sie wurden einfach alleingelassen. So etwas darf nicht wieder geschehen. Das war auch bei der Zuteilung des Schutzmaterials und bei den Tests so. Auch bei der Impfstrategie haben wir dieses Problem wieder. Bis heute wissen die pflegenden Angehörigen nicht, wie das mit der Impfung ablaufen soll bei den Älteren, den Pflegebedürftigen und bei ihnen selbst.

Wir erhalten Rückmeldungen aus den Impfzentren, dass es leider vielfach sehr chaotisch läuft. Seit über einem Dreivierteljahr oder sogar länger warten wir doch darauf, dass es endlich mit dem Impfen losgeht. Wir hoffen darauf. Da fragt man sich dann schon, warum die Logistik, die Abläufe, die rechtliche Klärungen und Ähnliches nicht besser vorbereitet sind. Das alles hätte man doch seit dem Sommer vorbereiten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht der einzige Flaschenhals in Bayern, dass der Impfstoff knapp ist. Das ist übrigens wirklich ärgerlich und auch bedauerlich, aber gar nicht einmal so überraschend. Wenn ein Impfstoff da ist und die ganze Welt ihn gleichzeitig haben will, dann

ist es doch klar, dass er am Anfang knapp sein wird. Das ist schwierig, aber damit müssen alle umgehen können. Da muss man doch vorher aber alle eigenen Hausaufgaben erledigt haben und sich um alles kümmern, was das Weitere angeht. Nun haben wir in Bayern 100 Impfzentren. Sie wurden Mitte Dezember ziemlich hektisch und sehr kurzfristig eingerichtet. Auch das war eine große logistische Leistung von vielen vor Ort. Die Frage ist nur, warum musste das eigentlich so hektisch Mitte Dezember sein? Warum konnte man das nicht in Ruhe anders vorbereiten? – Von diesen 100 Impfzentren werden 26 von Kommunen selbst betrieben, 74 haben andere Betreiber oder Kooperationen. Davon sind 26 mit privaten Unternehmen, 9 von Kliniken und Krankenhausgesellschaften, 37 von Hilfsorganisationen wie BRK und Malteser und 2 von eingetragenen Vereinen. So. Dieses Sammelsurium führt natürlich zu erheblichen Unterschieden in den Abläufen bei der Vergabe von Terminen, bei der Informationsweitergabe und bei der Information der Bevölkerung wie auch bei der Frage, wie die Bevölkerung eigentlich eingeladen wird. Es ist nicht sinnvoll, einen solchen Flickenteppich dauerhaft aufrechtzuerhalten. Wir brauchen einheitliche Vorgaben und einen Rahmen, an den sich alle halten können und der auch für Klarheit in der Bevölkerung sorgt. Wie soll denn sonst bei der Terminvergabe, wenn es keine zentralen Vorgaben gibt, die Priorisierung eingehalten werden? – Diese Frage stellt sich spätestens, wenn es dann in die Arztpraxen geht. Dann, wenn nicht mehr nur in den Impfzentren geimpft wird, wird das ausgesprochen schwierig werden.

Es gibt also überall unterschiedliche Verfahren. Ich nenne nur ein Beispiel: das Ärztehonorar in den Impfzentren. Wenn die Diensterteilung über die Kassenärztliche Vereinigung erfolgt, dann bekommt der Arzt – es sollen sich ja auch welche freiwillig melden – 130 Euro in der Stunde und am Wochenende 160 Euro. Wenn aber externe Dienstleister sich um das Personal, um die Ärzte kümmern, dann müssen sie sich an die Tarifverträge halten, und dann bekommt der Arzt pro Stunde 45 Euro, und das für dieselbe Tätigkeit in einem vollkommen vergleichbaren Impfzentrum. Das ist nicht sehr sinnvoll. Nun sollen die Landkreise mit der Kassenärztlichen Vereinigung Vereinbarungen darüber schließen. Aber ist es denn sinnvoll, dass wir 100 einzelne Vereinbarun-

gen mit der Kassenärztlichen Vereinigung schließen lassen, von den Landrats- und den Gesundheitsämtern, die doch eh alle am Anschlag sind? – Nein, dafür brauchen wir klare Vorgaben und ein einheitliches Vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles ärgert mich, das ärgert viele. Das ist doch wirklich etwas, was man vorbereiten konnte. Da musste man nicht darauf warten, welcher Impfstoff als erster zugelassen wird. Alles das sind Dinge, die man im Vorhinein machen kann, die man auch im Vorhinein machen muss.

Wir haben unseren Dringlichkeitsantrag genannt: "Bayern impft!". Jetzt besteht die große Chance, mit der Pandemie endlich weiterzukommen, damit wir endlich fertig werden. Je mehr und je eher sich Menschen in Bayern impfen lassen, umso eher können wir zu unserem Alltag zurückkommen. Das Allerwichtigste aber ist: Umso mehr Menschenleben können gerettet werden und Menschen dauerhaft gesund bleiben. Es geht nicht nur um die Todeszahlen, wir haben es heute schon gehört, sondern es geht auch darum, dass es oft schwerwiegende Folgeerkrankungen gibt und Folgen auch bleiben können. Das sind also unsere Vorschläge.

Eigentlich sollen wir doch über die Regierungserklärung sprechen und über die dazu eingereichten Dringlichkeitsanträge, aber mir ist aufgefallen: Fast niemand hat bisher etwas zu seinen Dringlichkeitsanträgen gesagt, sondern es wurde eher allgemein etwas zur Lage und zu strategischen Überlegungen gesagt. Offenbar war es gar nicht so dringend mit den Vorschlägen, die eingebracht wurden. Das ist bei uns anders, deshalb will ich sie Ihnen noch kurz zu Gehör bringen.

Wir wollen, dass Sie eine Informationskampagne machen, mit der die Menschen informiert und motiviert werden. Das ist aber nicht das Gleiche wie eine Werbekampagne, wie "Bayern krempelt die Ärmel hoch". Das ist ganz schön, aber wir brauchen eine Informationskampagne. Jeden Abend, wenn wir Fernsehen schauen, sehen wir vor den Nachrichten Leute, die uns irgendetwas über ihre Darmprobleme erzählen und dar-

über, welche Mittelchen sie nehmen. Warum laufen da eigentlich keine Spots mit zuverlässigen Informationen über die Wirkungs- und Funktionsweise und den Ablauf der Impfungen? – Das wäre doch machbar.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man in verschiedenen Medien spielen. Die Arztpraxen und Kliniken müssen natürlich entsprechendes Material erhalten und das auch aktiv verbreiten. Wir müssen auch der Impfmüdigkeit in den Pflegeheimen entgegenwirken, die Gott sei Dank nicht so weit verbreitet ist, wie das am Anfang gemeldet wurde. Aber auch dort sind Informationsgespräche mit der Belegschaft sehr, sehr wirksam. Das kann man schon bei den Kliniken sehen, wo das auf den verschiedenen Stationen gemacht wurde.

Beim Zugang zum Impfen muss auch sichergestellt werden, dass sich Menschen anmelden können, die keinen Zugang zum Internet haben oder mit der Online-Anmeldung nicht gescheit zurechtkommen. Bei der Anmeldung über die Telefonnummer 116 117 muss gewährleistet sein, dass die Anmeldung beim ersten Anruf und ohne langes Warten auch tatsächlich funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Um die 116 117 zu entlasten, könnte man eine eigene bayerische Info-Hotline schalten. Dabei geht es nur um Information. Sehr viele rufen nämlich bei 116 117 an, wenn sie Fragen zum Impfen haben oder wenn sie ihre Meinung zum Impfen mitteilen wollen. Man kann sich also vorstellen, dass das nicht dazu beiträgt, dass jeder wirklich gut durchkommt. Alle relevanten Informationen müssen abrufbar sein, und zwar auch zentral, weil es sonst oft nicht mehr aktuelle Links gibt oder verschiedene und damit verwirrende Informationen zustande kommen können.

In der letzten Woche habe ich bereits vorgeschlagen, die Impfgespräche gut vorzubereiten, um sie so knapp wie möglich zu halten. Das ist das Impfgespräch unmittelbar vor der Impfung zwischen dem Arzt und der Person, die sich impfen lassen will. Das ist,

wenn man den Termin mühsam ergattert hat, nicht der richtige Zeitpunkt und nicht der richtige Ort, um darüber zu diskutieren, ob man sich impfen lassen will. Das muss mit Hilfe der Informationen natürlich im Vorfeld geschehen. Beim Impfgespräch gibt es wirklich nur noch das, was absolut notwendig ist und was an Aufklärung nicht im Vorfeld gemacht werden konnte. Das kann man alles organisieren.

Herr neuer Gesundheitsminister Klaus Holetschek, bitte nicht die zweite Impfung aufschieben! Es ist unbedingt sicherzustellen, dass die notwendigen zweiten Dosen des entsprechenden Impfstoffs genau zu der dafür vorgesehenen Zeit auch da sind. Wir gewinnen die Leute nur, wenn die Impfung dann eben auch wirksam und sicher ist. Deswegen muss diese Praxis beibehalten werden.

Schließlich geht es um die Hausarztpraxen. Vom Hausärzteverband hören wir, dass die Hausärzte über vieles, etwa Haftungsfragen, noch nicht genug Bescheid wissen. Manches ist noch nicht geklärt. Wir haben Ihnen das hier genauer aufgeschrieben. Auch das kann man jetzt vorbereiten, sodass das nicht zu einem bürokratischen Monsterwerk wird und die Arztpraxen zusätzlich belastet. Das muss spätestens jetzt in die Wege geleitet werden. Ich bitte Sie dringend: Machen Sie das!

(Beifall bei der SPD)

Zu den anderen Dringlichkeitsanträgen, zunächst zu dem der CSU: Wir sind uns im Grunde darin einig, dass wir Vorsicht walten lassen und alles tun müssen, um die Verbreitung des Virus einzudämmen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen scharfe Maßnahmen, sie müssen aber sinnvoll sein. Leider gibt es weiterhin auch solche Maßnahmen, deren Nutzen für die Eindämmung sich uns nicht erschließt und die übrigens auch von den Experten kritisch bewertet werden, die eigentlich zum Kreis Ihrer Berater und Beraterinnen gehören. Ich meine damit die flächendeckende nächtliche Ausgangssperre ab 21 Uhr, die wir sehr kritisch sehen und deren Nutzen wir bezweifeln. Ebenso kritisch sehen wir die zusätzliche Beschränkung auf eine Person statt auf einen Haus-

halt. Wenn Menschen zum Beispiel als Paare zusammenleben und nachts im selben Bett schlafen, ist es infektiologisch nicht sinnvoll, sie auch noch aufzuteilen.

Ganz besonders gilt das für die Beschränkung durch die 15-Kilometer-Regel. Wir begrüßen deswegen, dass die Staatsregierung die Eilentscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs jetzt auch umsetzt und diese Regel streicht. Dazu ist von Ihnen jetzt leider noch viel gesagt worden. Gestern hat der VGH deutliche Kritik an diesem Verbot geübt und klargemacht, dass es nicht sachdienlich und kaum umsetzbar sei. Auch entsprach es nicht dem rechtsstaatlichen Grundsatz der Normenklarheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme damit dazu, dass das wichtigste Mittel, um Fehler zu vermeiden und Vertrauen zu erwerben, darin besteht, Absprachen zu treffen, vorausschauend vorzubereiten, verlässlich berechenbar zu sein und nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden; denn ohne die Kooperation der Menschen in unserem Land können wir überhaupt keine Maßnahmen wirksam durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Waldmann. – Ich sehe keine Zwischenbemerkungen. Damit darf ich Herrn Abgeordneten Hagen von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt die erste Regierungserklärung des neuen Gesundheitsministers gehört und müssen leider feststellen: Öffnungsperspektiven für die Bürgerinnen und Bürger bleibt die Staatsregierung weiterhin schuldig.

Unser Land geht jetzt in den vierten Monat eines Lockdowns, der ursprünglich mal als Wellenbrecher angekündigt war. Wir sind froh und erleichtert darüber, dass die Infektionszahlen seit Mitte Januar spürbar sinken. Bayernweit liegen wir heute endlich wie-

der einmal unter 100. An dieser Stelle ein Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die das durch ihr diszipliniertes Verhalten ermöglichen.

Noch wichtiger als die Infektionszahl ist die Entspannung in den Krankenhäusern. Die Zahl der durch COVID-Patienten belegten Intensivbetten ist seit Anfang Januar um fast ein Viertel zurückgegangen. Das ist eine außerordentlich gute Nachricht.

Natürlich wäre es jetzt ein Fehler, auf einen Schlag alle Maßnahmen zurückzunehmen. Niemand – jedenfalls niemand, der klar bei Verstand ist – fordert das. Meiner Meinung nach muss die Politik aber doch eine Perspektive für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität aufzeigen. Sie muss dabei auch evaluieren, welche Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens sich denn als Infektionstreiber erwiesen haben – und welche nicht. Sie muss auch evaluieren, welche Regeln sich bewährt haben und welche bei der Bevölkerung eher Verwirrung und Verdruss gestiftet haben.

Was aus Sicht der FDP jetzt als Erstes geboten ist, ist die Öffnung der Schulen – nicht nur für die Abschlussklassen, sondern auch für die jüngeren Jahrgangsstufen. So plant es unser Nachbarland Baden-Württemberg zum 1. Februar. Die Schließung der Schulen ist eine enorme Belastung für die Familien. Sie verursacht drastische Kollateralschäden in den Bildungsbiografien und in der sozialen Entwicklung der Kinder. Sie wird lange nachwirken.

Das Ifo-Institut hat berechnet, dass der Schulausfall unsere Volkswirtschaft langfristig bis zu 3,3 Billionen Euro kostet. 3,3 Billionen Euro! Das beeinträchtigt die ökonomischen Chancen einer ganzen Generation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind davon überzeugt, dass mit den entsprechenden Maßnahmen ein coronasicherer Schulunterricht möglich ist. Er ist dringend geboten.

(Beifall bei der FDP)

Im Bundeskanzleramt stellt man solche Überlegungen derzeit nicht an. Dort denkt man, im Gegenteil, ungeachtet sinkender Zahlen laut über immer weitere Verschärfun-

gen nach. Vor der letzten Ministerpräsidentenkonferenz war von einem noch strikteren Kontaktverbot und von einer kompletten Einstellung des ÖPNV die Rede. Gestern konnten wir lesen, dass die Kanzlerin den Deutschen sogar das Reisen verbieten möchte.

Man bekommt zunehmend den Eindruck, dass sich das Kanzleramt von der Lebensrealität der Menschen im Land abgekoppelt hat. Der einseitig besetzte Beraterstab der Kanzlerin tendiert ja inzwischen offen in Richtung einer Zero-COVID- oder No-COVID-Strategie. Danach soll die Zahl der Infektionen durch einen radikalen Lockdown auf null gedrückt und das Virus in Deutschland praktisch ausgerottet werden.

Meine Damen und Herren, das ist ein Ausdruck von menschlicher Hybris. Erstens ist Deutschland kein isolierter Südseeinselstaat, sondern ein international hochgradig vernetzter Binnenstaat im Herzen Europas. Zweitens lässt sich ein Land nicht so einfach, wie sich manche Theoretiker das offenbar vorstellen, herunterfahren. Denn es sind ja nicht nur Ärzte und Pfleger systemrelevant. Systemrelevant ist auch der Handwerker, der im Krankenhaus die Heizung reparieren muss, wenn sie kaputtgeht. Lebensmittel wachsen nicht im Supermarkt; sie müssen angebaut, verarbeitet und transportiert werden. Meine Damen und Herren, unsere moderne arbeitsteilige Gesellschaft ist komplex. Die Politik darf nicht weltfremden Ideologien folgen, sondern muss die Wirklichkeit im Blick haben. Sie sollte sich möglichst breiter Expertise unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen bedienen und braucht – das hat Helmut Kohl einmal geschrieben – Gespür für das Machbare, auch für das dem anderen Zumutbare.

Unsere Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität beruht heute insbesondere auf den Impfstoffen, die die Bevölkerung Schritt für Schritt gegen das Virus immunisieren sollen. Umso ärgerlicher ist es – ich teile da die Kritik und den Missmut des Ministerpräsidenten –, wie schleppend wir in Deutschland da vorankommen. Israel hat gemessen an der Bevölkerung Stand heute zwanzigmal so viele Bürger geimpft wie wir, die Arabischen Emirate zwölfmal so viel, Großbritannien fünfmal so viel, Bahrain viermal so viel und die USA, bei denen wir uns doch vor Kurzem noch alle darüber einig waren,

wie desolat dort das Corona-Management sei, dreimal so viel. Aber auch EU-Länder wie Dänemark, Irland, Spanien oder Italien liegen vor uns. Insgesamt bleibt doch bei der Beschaffung von Impfstoffen der Eindruck eines Versagens insbesondere auf der europäischen Ebene.

Es wurde schlecht verhandelt. Es wurde an der falschen Stelle gespart. Es wurde zu spät und zu wenig in den Aufbau von Produktionskapazitäten investiert. Die Folgen dieser Fehlleistungen sind drastisch; denn jede Woche mit zu wenig Impfstoff kostet uns Geld, kostet Freiheit und kostet insbesondere Menschenleben.

Wir müssen deswegen jetzt gemeinsam mit allen staatlichen Ebenen, mit der Pharmaindustrie und mit der Ärzteschaft pragmatische Lösungen finden, um die Beschaffung von Impfstoffen zu beschleunigen. Wir brauchen beim Impfen mehr Tempo.

So wie der Impfstoff im Kampf gegen Corona unsere Hoffnungen nährt, besorgt uns – das ist die andere Seite der Medaille – das Auftreten neuer Mutationen. Das Mutieren ist dabei zunächst einmal nichts Besonderes; das ist ein ganz normaler Vorgang. Gefährlich an der neuen Variante B.1.1.7 ist ihre höhere Infektiosität. Das Virus verbreitet sich also sehr wahrscheinlich schneller als die bisherige Variante.

Aus diesem Grund fordern wir in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag ein flächendeckendes zweistufiges Testverfahren. Alle positiven PCR-Tests sollen auf die bisher bekannten Corona-Mutationen untersucht werden. Die Gesundheitsämter können dann ihre begrenzten Kapazitäten bei der Kontaktnachverfolgung auf diese Fälle konzentrieren, um die Ausbreitung der besonders ansteckenden Virusvariante einzudämmen.

Außerdem ist es wichtig, dass wir frühzeitig von möglichen neuen, noch unbekanntem Mutationen Kenntnis erlangen. Meine Fraktion hat schon im Sommer die Genomanalyse von Corona-Testproben angeregt, das sogenannte Sequencing. Es ist gut, dass die Kapazitäten dafür jetzt endlich ausgebaut werden. Mutationen sind kein Grund zur Panik. Wir müssen sie aber im Blick behalten; denn je mehr wir wissen, desto besser können wir darauf reagieren.

Meine Damen und Herren, in der letzten Plenarsitzung am 8. Januar hat meine Fraktion einen Berichtsantrag gestellt. Wir wollten wissen, wie es um die Umsetzung Ihrer Beschlüsse vom 6. Dezember bestellt ist. Denn damals haben Sie, die Regierung, eine ganze Reihe sinnvoller Maßnahmen – überfälliger Maßnahmen, möchte ich sagen – beschlossen, die die FDP schon lange gefordert hat: den Einsatz einer einheitlichen Software durch die Gesundheitsämter; die Sicherstellung der Kontaktnachverfolgung, notfalls auch durch mehr Personal; den Schutz von Alten- und Pflegeheimen mit FFP2-Masken und Schnelltests; einen funktionierenden Wechselunterricht in den Schulen; Homeoffice im öffentlichen Dienst. Wir haben beantragt, dass die Staatsregierung dem Parlament darlegt, inwieweit sie ihre Hausaufgaben inzwischen erledigt hat. Sie, Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und von der CSU, haben diesen Berichtsantrag abgelehnt. Die Begründung des CSU-Kollegen Seidenath für die Ablehnung war – ich zitiere aus dem Protokoll: "... es geht Ihnen um das Vorführen der Staatsregierung. Da haben wir jetzt wirklich Wichtigeres zu tun."

(Zuruf: Genau! So ist es!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie davon ausgehen, dass die Staatsregierung durch die Darlegung ihrer Bilanz vorgeführt wird, dann lässt das tief blicken und nichts Gutes erwarten.

(Beifall bei der FDP)

Wir bleiben bei unserer Forderung nach Transparenz. Uns geht es nicht darum, irgendjemanden vorzuführen, Herr Staatsminister, sondern uns geht es darum, dass wir gemeinsam besser werden bei der Bekämpfung dieser Pandemie.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

– Lässt tief blicken, Herr Minister! Es lässt tief blicken!

(Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Hagen, Sie dürfen noch am Pult bleiben. Der Kollege Sandro Kirchner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Sandro Kirchner (CSU): Lieber Herr Kollege Hagen, heute ist es zum dritten Mal, dass ich Ihre Rede sehr aufmerksam verfolgt habe und für mich immer noch nicht klären konnte, was Sie als FDP-Fraktion denn genau wollen.

(Zuruf)

Sie sprechen einmal über das Öffnen, einmal über das Lockern, einmal über das Schließen, einmal über das harte Schließen, über den harten Lockdown. Jedes Mal ist irgendwo ein Türchen offen, sodass Sie wieder einen Ausschlupf finden. Jetzt haben Sie sehr ausführlich darüber gesprochen und wieder unterlassen, irgendeinen konkreten Vorschlag zu machen, außer über eine Teststrategie bezüglich der Mutation des Virus. Aber ansonsten haben Sie keinen einzigen Vorschlag gemacht, was Sie anders machen würden oder wie Sie es besser machen würden. Zeigen Sie doch bitte mal konkret auf, was Sie anders machen würden!

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Kirchner, Sie haben recht: Sie hören jetzt zum dritten Mal zu und stellen eine Zwischenfrage, scheinen aber irgendwie doch nicht zu verstehen, was ich sage. Denn in jeder meiner Reden zähle ich auf, was die FDP anders machen würde. Übrigens werden wir genau dafür regelmäßig auch aus den Reihen der CSU kritisiert. Was vermissen Sie? Ich habe es Ihnen dargelegt. Sie haben ja viele unserer Forderungen schon übernommen. Ich habe darum gebeten, dass wir den Umsetzungsstand erfahren. Wir erfahren ihn nicht, weil Sie glauben, wenn Sie es sagen, dann seien Sie bloßgestellt. Lesen Sie meine Reden. Wenn Sie die Vorschläge gut finden, übernehmen Sie sie; wenn nicht, lassen Sie es sein. Aber so zu tun, als würde die FDP keine Vorschläge machen – sorry, da sind Sie, glaube ich, der Einzige, der das so sieht.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. Aber Sie haben noch ein bisschen Zeit, bis das Pult soweit ist. – Herr Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Ich werde auch heute nicht müde, es zu wiederholen: Die Corona-Politik unter der Führung von Herrn Söder ist weder zielführend noch verfassungskonform. Jeder, der sich nicht ausschließlich auf die Empfehlungen des Regierungsvirologen und des Regierungsveterinärs verlässt, sondern wissenschaftliche Studien aus dem In- und vor allen Dingen aus dem Ausland studiert, kommt zu einer völlig anderen Einschätzung der Lage als unsere Staatsregierung. Gemäß einer Studie von Prof. Ioannidis von der renommierten Stanford Universität sind harte Lockdowns nicht besser geeignet als freizügigere Maßnahmen, weil die mit harten Lockdowns verbundenen Kollateralschäden den Nutzen der Maßnahmen um ein Vielfaches übersteigen. Ihre Maßnahmen sind und bleiben unverhältnismäßig. Trotz angeblich alternativloser Maßnahmen liegt Bayern seit Oktober gemessen an der Einwohnerzahl bei den Corona-Infizierten sogar vor den USA und vor Schweden, also vor Ländern, für die Sie im vergangenen Jahr nur Hohn und Spott übrig hatten. Sogar Donald Trump, der bekanntermaßen die Pandemie in den USA hat laufen lassen und strategielos durch Nichthandeln aufgefallen ist, hat seit Oktober besser abgeschnitten als Ihr blinder Aktionismus in Bayern. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Zuruf)

Nach jeder Ministerpräsidentenkonferenz hat Herr Söder in Bayern noch eins draufgesetzt und den harten Krisenmanager gespielt – leider ohne Erfolg. Nach wie vor sterben in Bayern Risikopatienten, weil Sie es nicht schaffen, diese adäquat zu schützen. Das ist ein absoluter Skandal, wenn man bedenkt, dass sehr viele dieser Menschen noch am Leben sein könnten, wenn sie rechtzeitig behandelt worden wären. Meist wartet man, bis es den COVID-19-Patienten so schlecht geht, dass sie hospitalisiert werden müssen. Seit spätestens Oktober ist klar, wie man diese Patienten behandeln

könnte, um die Sterbewahrscheinlichkeit zu minimieren. Erst jetzt, drei Monate später, kommt Bundesgesundheitsminister Spahn auf die Idee, dass auch bestimmte Medikamente die Sterblichkeit reduzieren könnten.

Als populistisches PR-Ablenkungsmanöver wurde dann plötzlich eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ins Spiel gebracht, und das, obwohl die CSU von Anfang an eine Impfpflicht und einen Impfwang ausgeschlossen und als Spinnerei von Verschwörungstheoretikern bezeichnet hat.

Im Herbst haben Sie noch verbreitet, dass von kleinen Kindern und Schülern keine Gefahr ausgeht. Jetzt sollen die Eltern in den Faschingsferien Stoff nachholen. Viele Familien bräuchten aber gerade jetzt diese Pause, um sich von dem von Ihnen verursachten Homeschooling-Desaster zu erholen. Ist Ihnen immer noch nicht klar, dass die Familien die Hauptleidtragenden Ihrer Politik sind? Kein Vereinssport, keine sozialen Kontakte mit Freunden, keine Geburtstagsfeiern etc.

Vor ein paar Tagen hat Herr Söder geäußert, er möchte in der Krise keinen Wahlkampf machen. Was für eine Heuchelei! War es nicht die CSU, die im März 2020 mitten in der Krise um jeden Preis an der Kommunalwahl festhalten wollte, der auch ein intensiver Wahlkampf vorausging? Man dreht es sich hin, wie man es braucht. Mit einer sinnvollen Pandemiebekämpfung hat das nichts zu tun.

Unsere Verfassung garantiert uns Grundrechte und bürgerliche Freiheiten. Diese lassen wir uns auch von selbstherrlichen Autokraten nicht nehmen. Krise hin oder her: Wer unsere Bürger in die Nähe von RAF-Terroristen rückt, nur weil sie auf Demonstrationen für Grundrechte und bürgerliche Freiheiten eintreten, der sollte sich nicht nur schämen: der sollte eigentlich zurücktreten.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda das Wort. – Herr Swoboda, bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen, liebe Mitbürger! Diese WHO-Corona-Pandemie läuft wie ein roter Faden und gleicht scheinbar ganz zufällig dem, was 2016 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos von den globalen Eliten unter dem Titel "Die Vierte industrielle Revolution" erörtert wurde. Es läuft wie am Schnürchen, so wie es der Gründer und Organisator dieses WEF Prof. Klaus Schwab in seinen Büchern beschreibt: schnelle, tiefgreifende Veränderungen in den Bereichen Medizin, Gentechnik, Biologie und Technik mit DNA-Sequenzen, gentechnischen Impfstoffen und boomender Digitalisierung. Nicht Rettung der Menschen bringt diese Transformation mittels Global Governance, sondern riesige Gewinne für die Finanzeliten. Sicher kommt Ihnen das, was ich eben sagte, bekannt vor. Dr. Söder hat uns 2019 in seinem Regierungsprogramm von künstlicher Intelligenz, Robotik, 5G-Mobilfunk, Quantencomputern und Gentechnik viel vorgeschwärmt.

Jetzt fragen sich viele vielleicht: Was hat das alles mit der Corona-Krise zu tun? – Sehr viel, meine sehr verehrten Damen und Herren! Denn seine immer schärferen Lockdown-Erzählungen mutierten zur Staatsdoktrin. Das erinnert uns an die Transformationserzählung des Weltwirtschaftsforums. Vor zwei Tagen wurde diese in einer Online-Konferenz wiederholt. Mir fallen dazu Seehofers Worte ein: Die, die entscheiden, wurden nicht gewählt, und die, die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden.

Wir erleben gerade das Straucheln unseres Rechtsstaats. Bei den im Schulterschluss vereinigten Staatsgewalten klappt nichts. Sie versagen. Parlamente degenerieren zu Handlangern der allgegenwärtigen Exekutive in Notzeiten. Gerichte haben nur noch Alibifunktion. Dazu passt auch die Regierungspropaganda der Leitmedien. Ist das die Demokratie, die wir uns alle wünschen?

(Zuruf)

Es scheint, als sei das gewohnte, jährlich mutierende Influenzavirus verschwunden und vom trickreichen Coronavirus vollständig verdrängt. Das Herunterfahren des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens kam über uns. Coro-

na wurde zum Kontaktsperre-Gesetz für uns alle. Am Ende könnte der Preis für uns sehr hoch sein: Verarmung, Verelendung und Verendung der Massen. Will das jemand?

Die Söder-Administration verdächtigt jeden Menschen ohne greifbares Indiz der Infektiosität. Sie stigmatisiert jeden zum potenziellen Gefährder Dritter. Diese Regierung schwört sich und zerstört fortlaufend den zwischenmenschlichen Kontakt und damit die elementare Basis unserer Gesellschaft. Sie verhindert die für uns so selbstverständliche freie Begegnung der Menschen miteinander. Für diesen Verfassungsbruch gibt es keine Rechtfertigung. Das ist ein Tabubruch. Es liegt weder eine außergewöhnliche Notlage vor noch droht der Zusammenbruch des Gesundheitssystems noch gibt es ein Massensterben. Selbst der WHO war dies zu brenzlig. Sie konkretisierte ihre Testrichtlinien. Ein positiver Test bei einem symptomlosen Menschen reicht nicht aus, um einen Infektionsfall festzustellen.

(Zuruf)

– Bitte kriegen Sie keinen Anfall, hören Sie zu! Vielleicht hören Sie etwas Neues.
Dr. Söders Teststrategie – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

(Unruhe)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Dr. Söder kommt mit diesem Trick, und auch das RKI kommt mit seinem Formulierungstrick "mit Corona verstorben" nicht weiter.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Beenden Sie deshalb diesen Wahnsinn! Normalität jetzt!

(Zuruf)

Danke sehr. Ich wurde leider etwas gestört.

(Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: An dieser Stelle ein Dank an die Offiziantinnen und Offizianten als positives Beispiel unseres Parlaments.

(Allgemeiner Beifall)

– Der nächste Redner ist der Kollege Bernd Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung handelt richtig, wenn sie die Coronamaßnahmen um weitere zwei Wochen verlängert. Das bringt der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER klar zum Ausdruck.

Die beiden Regierungsfractionen stehen voll hinter der Verlängerung der Maßnahmen. Es geht darum, Menschenleben zu retten und die Grundrechte Leben und Gesundheit zu schützen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Das zeigen – Gott sei Dank – auch die aktuellen Infektionszahlen; sie zeigen nach unten. Alles ist noch etwas wackelig und volatil, aber die Richtung stimmt. Wir dürfen hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Der 27.01. ist ein wichtiges Datum. Im Jahr 2020 wurde an diesem Tag der erste Corona-Patient in der München Klinik Schwabing behandelt. Das war Patient Nummer eins. Auch in diesem Jahr ist es ein ganz wichtiges Datum, weil die ersten Menschen aufgrund ihrer Impfung Immunität aufgebaut haben. Wir haben am 27. Dezember 2020 die ersten Personen geimpft. Nach drei Wochen, am 17. Januar 2021, wurden diese Personen ein zweites Mal geimpft. Heute, zehn Tage später, haben sie Immunität aufgebaut. Auch heuer markiert das Datum des 27. Januar also eine wichtige Weggabelung. Wir hoffen und meinen auch, dass wir dieses Mal in eine positive Richtung gehen, anders als im vergangenen Jahr 2020, in dem wir schwierige Situationen

und Herausforderungen erlebt haben. Sie alle können sich das vergangene Jahr noch in Erinnerung rufen.

Wir haben heute, am 27. Januar 2021, auch die erste Regierungserklärung unseres neuen Gesundheitsministers Klaus Holetschek gehört. Wir haben die Hoffnung, uns bei den künftigen Regierungserklärungen mit Lockerungen und Öffnungen, welche verantwortbar sind, auseinandersetzen zu können. Es geht jetzt darum, noch einmal zweieinhalb Wochen bis zum 14. Februar 2021 zu überstehen, durchzuhalten und die getroffenen Maßnahmen konsequent umzusetzen.

Meine Damen und Herren, diesen Worten können Sie entnehmen, dass wir die Belastung der Menschen sehen und merken, dass die allermeisten dieses Virus und dieses Lebens unter außergewöhnlichen Umständen überdrüssig sind. Jeder von uns sehnt sich nach Normalität. Genau deshalb müssen wir die Maßnahmen jetzt noch einmal um zwei Wochen verlängern. Es wäre fatal, gerade jetzt, da wir Licht am Ende des Tunnels sehen, leichtsinnig und nachlässig zu werden. Wir dürfen auf den letzten Metern keine Fehler machen. Das Virus ist weiterhin hochgefährlich; mit seinen Mutationen hat es nachgelegt und ist nun noch ansteckender. Die Maßnahmen sind angesichts der weiterhin und verstärkt gegebenen Schwere der Bedrohung durch das Virus weiterhin geeignet, eine Verlängerung der Maßnahmen ist erforderlich und auch verhältnismäßig.

Wir müssen das Infektionsgeschehen weiter effektiv senken. Es geht darum durchzuhalten und darum, dass unsere Gesellschaft diese Zerreißprobe besteht. Wir sind gefragt zusammenzuhalten. Deshalb danke ich an dieser Stelle all denen, die umsichtig handeln, sich sehr verantwortungsvoll verhalten, Entbehrungen erdulden, auf Kontakte verzichten, um das Virus einzudämmen und damit gerade die Schwächeren und Vorerkrankten zu schützen. Letztere würde das Virus besonders hart treffen. Die große Mehrheit in unserem Land hat zugunsten anderer verzichtet und Entbehrungen erduldet. Das ist das Gegenteil von egoistisch. Das ist altruistisch. Das ist rücksichtsvoll und solidarisch. Jeder Einzelne kann etwas dazu beitragen. So hat es unser neuer

Gesundheitsminister Klaus Holetschek in seiner beeindruckenden Regierungserklärung formuliert. Genauso ist es.

Meine Damen und Herren, jede einzelne der vier Säulen unserer Strategie gegen Corona ist und bleibt wichtig. Daran wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Die vier Säulen lauten Prävention, Testen, Impfen und Therapie.

Zum Thema Prävention: Wir sind weiter gefordert, Masken zu tragen, Abstand zu halten, Hände zu waschen und zu desinfizieren sowie die Corona-Warn-App zu nutzen. Frau Kollegin Schulze, die gerade nicht im Saal ist, sagt, 85 % der Infektionen seien nicht mehr nachvollziehbar. Sie hat das darauf zurückgeführt, dass die Gesundheitsämter überlastet seien. Meine Damen und Herren, Entschuldigung, aber das war ein Schlag ins Gesicht all derjenigen in den Gesundheitsämtern, die sich täglich aufopferungsvoll darum kümmern, diese Infektionsketten nachzuverfolgen. Sie hat gesagt, die Gesundheitsämter könnten das nicht mehr. Das ist aber kein Grund, die Gesundheitsämter zu schelten, sondern das zeigt lediglich, wie gefährlich das Virus ist. Deswegen ist und bleibt Prävention ungemein wichtig.

Zum Testen: Wir müssen weiterhin jeden identifizieren und erkennen, der positiv ist. Wir müssen Infektionsketten unterbrechen. Dabei können wir auf neue Techniken und Tests zurückgreifen, auf Schnelltests, PCR-Tests usw. Hier wird viel ausprobiert. Wichtig ist, dass wir alle, die positiv sind, entdecken. Viele vergleichen das Coronavirus mit dem Influenzavirus und sagen, die Grippe sei nicht so schlimm. Der Unterschied ist, dass das Coronavirus bereits infektiös ist, bevor die infizierte Person Symptome zeigt. Bei der Grippe ist das anders. Da ist eine Person erst dann infektiös, wenn sie Symptome hat. Deswegen ist und bleibt das Testen so wichtig. Der hohe Aufwand, den die Staatsregierung hier betreibt, ist gut angelegtes Geld.

Zum Thema Impfen: Das wurde heute schon mehrfach angesprochen und wird nachher bei der Behandlung der Dringlichkeitsanträge ebenfalls noch angesprochen werden. Das Impfen ist unser schärfstes Schwert im Kampf gegen Corona. Wir haben in-

zwischen über 360.000 Menschen geimpft. Davon wurden 80.000 bereits zum zweiten Mal geimpft. Der Immunschutz wird aufgebaut. Der Flaschenhals ist jedoch der Impfstoff. Klaus Holetschek hat es gesagt: Hier sind der Bund und Europa in der Verantwortung. Die Logistik ist eine Aufgabe des Landes. Sie funktioniert bereits hervorragend. Viele unglaublich engagierte Menschen sind in den Impfzentren in Bayern tätig. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass sich die Situation verbessern wird, wenn hoffentlich die Impfstoffe kommen und neue Impfstoffe zugelassen werden, sodass wir die Menschen impfen können. Ich halte es für gut, was Klaus Holetschek angekündigt hat, dass künftig über eine E-Mail-Adresse mehrere Menschen beim Bayerischen Impfzentrum angemeldet werden können. Das ist wichtig, um Impfinderessenten besser anzusprechen. Auf diesem Weg sollten wir weitergehen.

Impfungen sind freiwillig. Deshalb ist die Aufklärung so wichtig. Wichtig sind auch die guten Beispiele der bereits Geimpften. Dadurch wird sichtbar, dass der Impfstoff wirksam ist und niemand, der sich impfen lässt, zum Alien mutiert, und niemandem Hörner wachsen. Jetzt geht es um nichts anders, als dass wir mehr Impfstoff brauchen, um möglichst schnell all diejenigen zu impfen, die geimpft werden wollen. Alle anderen müssen darüber aufgeklärt werden, dass die Impfung gut und wichtig ist.

Meine Damen und Herren, die vierte Säule ist die Therapie. Die Therapiestrategie, die die Fraktion mit Tobias Reiß an der Spitze, mit Marcel Huber, Klaus Holetschek und, nicht zu vergessen, Ilse Aigner aufgelegt hat, ist wichtig. Die Bewerbungsfrist für das Interessenbekundungsverfahren läuft zum Ende dieser Woche, am 31. Januar, ab. Dann werden wir sehen, wie viele gute Initiativen wir in Bayern haben, die wir mit den von uns ausgelobten 50 Millionen Euro fördern können. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Ich hielte es für sinnvoll, dass der Bund hierfür mehr Geld gibt. Der Bund hat, ausgehend von unserem Beispiel, ebenfalls 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wenn ich vom Königsteiner Schlüssel ausgehe, hätte der Bund 333 Millionen Euro geben müssen. Der Bund hat für 400 Millionen Euro einen Antikörpermix von Regeneron aus den USA gekauft. Da wäre es auch gut gewesen, wenn er die

deutschen Forscher unterstützt hätte. Es ist noch nicht zu spät. Der Bund kann hier nachlegen. Wir dürfen diese Therapiestrategie nicht vergessen, und wir dürfen sie nicht kleinreden.

Trotz der Prävention, trotz der Tests und trotz der Impfungen wird es weiterhin Menschen geben, die sich anstecken und dadurch gesundheitliche Probleme bekommen werden. Sie brauchen Therapien und Medikamente. Diesen Menschen wollen wir mit der Therapiestrategie helfen.

Frau Kollegin Schulze, schön, dass Sie da sind. Sie haben über unser Krisenmanagement gesprochen. Unser Ministerpräsident und die gesamte Staatsregierung machen das hervorragend. Wir werden gut regiert. Die Regierung trifft die richtigen Entscheidungen, um uns durch die Stürme der Pandemie zu navigieren. Deshalb gibt es hier überhaupt keinen Grund für Kritik.

Jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen: Das von der FDP angesprochene Thema, dass der Facheinzelhandel geschlossen bleibt, während die großen Supermärkte und Discounter auch Non-Food-Produkte verkaufen, ist tatsächlich misslich. Wir haben aber schon einiges gemacht. Inzwischen gibt es Click-and-Collect-Lösungen und Call-and-Collect-Lösungen, beide mit FFP2-Masken. Für eine Öffnung aller Geschäfte ist die Lage leider immer noch zu volatil. Der Rückgang der Zahlen ist noch zu wackelig. Herr Hagen, ich gehe davon aus, dass die FDP die Öffnung all dieser Geschäfte fordert. Man könnte Ihren Antrag auch so verstehen, dass die Discounter und Lebensmittelläden ihr Sortiment einschränken sollen. Da wären wir klar dagegen. Das wollen wir nicht. Hier geht es um die Versorgung der Menschen. Es gibt auch Urteile, zum Beispiel vom Verwaltungsgericht Augsburg, die besagen, dass die Sortimente, die bisher bestanden haben, weiter erhalten werden sollten, weil alles andere nur den Onlinehandel unterstützen würde.

Herr Hagen, Sie haben zu dem Antrag vom 8. Januar nachgehakt. Dazu möchte ich klarstellen: Es ging überhaupt nicht darum, Ihnen ein parlamentarisches Informations-

interesse abzusprechen. Ich hätte gern Ihrem Berichtsantrag zugestimmt. Ich habe aber Herrn Kollegen Fischbach beobachtet, der damals richtig aggressiv war. Sie haben das wahrscheinlich nicht gesehen, weil Sie nicht da waren. Herr Fischbach hatte Schaum vorm Mund. Ich habe daher nicht geglaubt, dass es ihm darum ging, diese Erfolgsbilanz zu sehen, sondern ihm ging es darum, das Haar in der Suppe zu finden, um uns vorzuführen. Wir haben deshalb gesagt: Wir haben genug Respekt vor uns selbst, uns nicht vorführen zu lassen. Deswegen haben wir gesagt: Decken Sie Ihr parlamentarisches Informationsbedürfnis bitte über Schriftliche Anfragen etc. Wir müssen uns hier nicht vorführen lassen. Deshalb haben wir Ihren Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CSU)

Zum Antrag der SPD: Ich habe an diesem Antrag heute nichts auszusetzen. Bayern impft. Wir haben eine klare Impfstrategie. Was in dem Antrag steht, ist völlig richtig, zur Information der Bevölkerung, zur Anmeldung, zur Impfung, zum Umgang mit der Impfung und zum Zugang zur Impfung. Die zweite Impfung darf nicht aufgeschoben werden. Die Impfungen in Hausarztpraxen müssen vorbereitet werden. Der einzige Punkt ist: Dieser Antrag kommt zu spät.

(Widerspruch)

Das passiert schon alles. Auch telefonisch ist die Anmeldung bereits über 116 117 möglich. Über BayIMCO wird es bald die Möglichkeit geben, im System zu hinterlegen, dass man auch für kurzfristige Termine zur Verfügung steht. Frau Waldmann, Sie haben gesagt, pflegende Angehörige wären vergessen worden. Sie haben übersehen, dass kostenlose FFP2-Masken an pflegende Angehörige verteilt werden. Das war ein Werk von Klaus Holetschek, damals noch Staatssekretär. Das bedeutet einen riesigen logistischen Aufwand, zeigt aber, wie wichtig uns die pflegenden Angehörigen sind.

Die GRÜNEN befassen sich mit einer unserer Säulen, dem Testen, und wollen es optimieren. Ich kann nur sagen, dass diese innovativen Testmethoden bereits an den bayerischen Schulen pilothaft erprobt werden. Dann werden wir auch sehen, wie si-

cher sie sind. Gurgeltests bieten sich aber nicht generell an, gerade nicht für kleine Kinder oder sehr alte Menschen. Dass der Bund nun eine unkomplizierte Lösung und einen rechtlichen Rahmen schaffen wird, geht auf die beharrlichen Forderungen aus dem Freistaat Bayern zurück. Für Selbsttestungen wird eine rechtliche Regelung vorbereitet. Das ist auch wichtig, damit mit den Selbsttests kein Schindluder getrieben wird. Schließlich geht es hier um eine hoheitliche Aufgabe und um die Folgen, die sich an einen solchen Test knüpfen. Das muss klar geregelt sein. Das läuft aber bereits.

Zum Antrag der AfD kann ich nur sagen: Für das Gastgewerbe gibt es kein Verbot der Erwerbstätigkeit. Die Gastronomen können Speisen zum Abholen anbieten.

(Zurufe)

Damit erfüllen sie eine wichtige Versorgungsfunktion. Wir haben das schon einmal hier diskutiert. Ich sage es noch einmal: Die Gastronomen können Speisen zum Abholen anbieten. Für sie gibt es kein Verbot der Erwerbstätigkeit. Beherbergungsbetriebe können trotz des harten Lockdowns Übernachtungen anbieten, sofern diese beruflich bedingt notwendig sind. All das ist möglich. Würden wir Ihrem Antrag folgen, würden wir den Fehler begehen, den Irland begangen hat. Wir haben es heute in der Regierungserklärung gehört. Nach dem Heiligen Abend ist dort die Inzidenz von 46 auf 1.291 pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen hinaufgeschnellt. Das dürfen wir nicht zulassen. Das Virus braucht eine klare Kante, vor allem die mutierte Variante. Die Situation muss sich stabil gebessert haben, nicht aufgrund eines Ausreißers, weil vielleicht ein Labor kein Ergebnis geliefert hat. Wir sind hier auf einem guten Weg. Meine Damen und Herren, ich rate zu einem Vorgehen Schritt um Schritt. Wir sollten nicht unsere Erfolge zerstören, indem wir mit dem Hintern einreißen, was wir mit den Händen über Wochen mühsam aufgebaut haben.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass der 27. Januar, wie im letzten Jahr, ein Wendepunkt und eine Weggabelung sein wird, aber diesmal hoffentlich zum Guten. Es tut sich etwas. Wir werden jeden Tag besser. Das Licht am Ende des Tunnels wird

größer. Deshalb versuchen wir, mit Zuversicht und Optimismus auch die nächsten zweieinhalb Wochen durchzustehen. Halten wir bitte zusammen! Halten wir uns weiterhin an die Regeln, um die Grundrechte Leben und Gesundheit der Menschen, gerade der alten und der vorerkrankten, effektiv zu schützen! Sie brauchen unseren Schutz besonders! Die letzten Monate waren herausfordernd und schwierig. Jetzt sind wir in einer entscheidenden Phase, in der sich zeigen wird, wohin die Reise geht. Bleiben wir konzentriert! Bleiben wir rücksichtsvoll! Halten wir zusammen! – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Sie können am Rednerpult bleiben. – Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Seidenath, Herr Söder hat am 20.01. Folgendes getwittert: "Beim Schutz der Alten- und Pflegeheime legen wir weiter nach. Für Pfleger und Besucher gilt Pflicht zur FFP2-Maske." Das haben wir heute schon einmal gehabt. Der Arbeitsschutz schreibt beim Tragen von FFP2-Masken eine Pause von 30 Minuten nach 75 Minuten Tragezeit vor. Fakt ist, dass diese Arbeitsschutzvorschriften in Alten- und Pflegeheimen sowie in Krankenhäusern kaum eingehalten werden.

Jetzt habe ich eine Frage an Sie: Wird so die Gesundheit der Pfleger gefährdet, weil das medizinische Personal die gesetzlich vorgeschriebenen Pausenzeiten bei FFP2-Masken nicht einhalten kann? Was sagen Sie dazu, wenn Pflegepersonal jeden Tag 8 Stunden FFP2-Masken tragen muss? Was raten Sie den Betroffenen, wenn bei dem derzeitigen Pflegenotstand aufgrund von Personalmangel Tragepausen nicht möglich sind? Sind Sie der Meinung, dass Herr Söder vielleicht mal wieder etwas getwittert hat, das nicht eingehalten werden kann?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Mannes, ich übersetze Ihre Frage. Sie heißt: Wir lehnen FFP2-Masken ab. Warum tun Sie es nicht?

(Zurufe)

Wenn ein Operateur bei einer lebenswichtigen Operation über eine halbe Stunde braucht, kann man ihn auch nicht Herausschicken, sondern er muss weiter operieren. Eine FFP2-Maske schützt, und zwar denjenigen, der sie trägt, und das Gegenüber. Deswegen ist es eine gute Lösung, dass wir FFP2-Masken jetzt beim Einkaufen und im ÖPNV fordern. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und sich daran zu halten und nicht hier im Haus maskenfreie Zonen auszurufen. Danke für diese Aufmerksamkeit, Herr Mannes.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Hagen von der FDP.

Martin Hagen (FDP): Lieber Herr Kollege Seidenath, Sie haben die Ablehnung des Antrags mit dem überschäumenden Temperament meines Kollegen Matthias Fischbach begründet. Jetzt ist der Herr Fischbach heute nicht im Saal und auch insgesamt wahrscheinlich vom Gemüt her etwas ruhiger. Was hindert Sie denn dann, wenn das der einzige Grund ist, einfach freiwillig und ohne einen solchen Antrag hier im Plenum mal einen Bericht vorzulegen? – Wir haben Sie dafür gelobt: Es sind alle Punkte, die richtig und gut sind, Punkte, die wir unterstützen und bei denen uns auch wirklich daran gelegen ist, dass sie zeitnah umgesetzt werden.

Bernhard Seidenath (CSU): Danke für die Klarstellung, dass Sie die Maßnahmen für gut und richtig halten. Dann kann ich auch klarstellen, was ich vorhin gesagt habe. Es war eine Abwägungsfrage, jetzt so einen Bericht zu geben und Ihnen zukommen zu lassen. Wir sind in einer Phase, in der alle gefordert sind, die in der Gesundheitsverwaltung arbeiten. Für einen solchen Bericht hätten viele ihre Daten liefern müssen und

wären dann mit anderen Dingen als der Bekämpfung der Pandemie beschäftigt gewesen. Deswegen war es für uns eine Abwägung.

Sie sprechen das Temperament von Herrn Fischbach an. Das war richtig aggressiv. Schauen Sie es sich an, vielleicht ist es in den Medien noch aufgezeichnet. Wenn man das so gesehen hat, ging es für uns nicht um das Informationsinteresse, sondern darum, hier aggressiv etwas zu fordern. Bei Abwägung zwischen der Belastung der Gesundheitsverwaltung und dem, was die FDP hier vielleicht als Bilanz haben möchte, haben wir gesagt, dass wir unsere Gesundheitsverwaltung schützen wollen. Die FDP soll sich diese Daten bitte auf andere Weise holen. Für Bilanzen ist hinterher, wenn hoffentlich bald "post Corona" sein wird, immer noch Zeit.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Seidenath, Sie sagen, dass der Antrag der SPD bereits überholt ist und zu spät kommt und dass das Ganze bereits läuft. Ich frage Sie: Ja, es läuft – aber wie und wohin? Ist Ihnen bewusst, dass zum Beispiel die öffentlichen Hotlines eine ewige Warteschleife bereitstellen, die unzumutbar und ungeeignet ist, um eine das Impfen betreffende Sicherheit herzustellen?

Wenn Sie unseren Antrag insoweit begrüßen, begrüßen Sie dann auch, dass – Gott sei Dank – die Regel vom 15-Kilometer-Radius abgeschafft worden ist? Wir mussten die Gerichtsbarkeit anrufen, um klarzumachen, dass diese Regelung in der Tat nicht dazu diente, die Pandemie zu bekämpfen, sondern dass sie Grundrechte verletzt hat; Sie haben deswegen dann auch die richtige Konsequenz daraus gezogen.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Arnold, es sind zwei Paar Stiefel. Zum einen geht es um den Zugang zum Impfen. Der ist gegeben durch Online-Zugang, aber für die, die keinen Online-Zugang haben oder die niemanden haben, der ihnen diesen Online-Zugang einrichtet, auch durch telefonische Kontaktaufnahme über die Nummer 116 117, über die man an das richtige Impfzentrum weitergeleitet wird, oder

durch telefonischen Kontakt zum Impfzentrum selbst. Das wollte ich damit nur darstellen. Dieser Zugang ist gegeben.

Das Zweite ist, dass Sie eine Korrektur unserer Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung angesprochen haben. Die Staatsregierung hat die Änderung vorgenommen. Das ist richtig, und das ist auch gut so. Trotzdem war die 15-Kilometer-Regel richtig und korrekt, weil sie Kontakte beschränkt hat und ins Bewusstsein gerufen hat, dass man bitte seine touristischen Ausflüge auf ein Mindestmaß und das wirklich Notwendige beschränken sollte, das einem persönlich guttut, damit man in dieser Pandemie nicht durchdreht. Genau das ist auch passiert; diesen Zweck hat es erfüllt. Deswegen ist das, was wir getan haben, richtig. Ich sehe keinen Grund, hier zu kritisieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Seidenath. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Gesundheitsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind gerade mitten im Lockdown. Die Zahlen entwickeln sich zum Glück positiv, aber eine neue Gefahr droht: die Mutationen. Ein Teil der Regierung schreit laut nach Öffnungen, und das, obwohl man bei einem Blick nach Irland sieht, was das zur Folge haben kann. Jetzt ist nicht die Zeit, um für Öffnungen zu plädieren, sondern jetzt ist die Zeit, um sich über Konzepte Gedanken zu machen, wie wir niedrige Zahlen bei Öffnungen halten können.

Unser Kurs durch die Pandemie war von Anfang an kritisch, aber konstruktiv. Deshalb haben wir auch heute mit unserem Dringlichkeitsantrag wieder ein Konzept vorgelegt, das die Eindämmung der Infektionsübertragung noch einmal deutlich vorantreiben wird. Wir fordern Pool-Testungen und den Einsatz von Schnelltests für zu Hause.

Pool-Testungen sind einfach durchzuführen und können sehr gut in Gruppen angewandt werden. Einsatzorte dafür wären zum Beispiel Schulen, Pflegeheime und Krankenhäuser, aber auch Betriebe. In Österreich werden Pool-Testungen schon sehr erfolgreich und flächendeckend eingesetzt. Das Personal in Betrieben zum Beispiel gibt zweimal pro Woche Gurgelproben ab. Diese werden gemeinsam auf das Virus untersucht, und nur wenn die Probe dann positiv ist, wird auch noch einmal der Rest der Mitarbeiter komplett durchgetestet. Diese PCR-Test-hinterlegten Tests sind sehr sicher und können schnell aufzeigen, wenn sich am Arbeitsplatz oder in der Schule, im Krankenhaus oder in Pflegeeinrichtungen wieder ein Ausbruchsgeschehen entwickelt.

Irgendwann werden Öffnungen anstehen, und dann brauchen wir Konzepte, die Ausbruchsgeschehen schnell aufzeigen. Pool-Testungen sind eine Möglichkeit, aber auch Schnelltests kommen hier zum Einsatz. Diese Tests sind auch leicht anwendbar und können schnelle und zuverlässige Ergebnisse bringen. Zudem stellen Schnelltests eine Möglichkeit dar, wie man die Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen diese Pandemie wieder einbeziehen kann. Diese Woche hat Spahn kurzfristig verlauten lassen, dass die Schnelltests für den Selbsttest freigegeben werden. Dann kam wieder der Rückzieher. Herr Seidenath, das ist das Problem. Es läuft eben noch nicht. Bei den Pool-Testungen haben wir gerade mal eben die Pilotprojekte. Das reicht nicht. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Schnelltests jetzt auch wirklich schnell kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher an alle, die jetzt nach Öffnungen ohne Strategie und Konzept rufen: Jetzt ist definitiv nicht die Zeit für gefährliche Lockerungen, aber es ist genau die Zeit, um sich zu überlegen, was wir bei niedrigen Inzidenzzahlen für Maßnahmen ergreifen müssen, damit die Zahlen bei Öffnungen nicht sofort wieder in die Höhe schnellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Enders, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das neue Jahr macht uns Mut; denn Corona begleitet uns zwar weiter, aber wir haben richtig positive Tendenzen. Der bisherige Weg der Staatsregierung war richtig. Diesen Weg müssen wir jetzt immer wieder und immer wieder hinterfragen. Das ist die Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Das macht unsere Bayernkoalition mit großem Erfolg. Unsere Koalition lebt von der Debatte, von der kontroversen Debatte, von Ideen und von Lösungen. Darüber und über diese Lebendigkeit freue ich mich immer wieder, und darüber freut sich auch unsere FREIE-WÄHLER-Fraktion ebenso wie unser stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger und Ministerpräsident Markus Söder. Mein persönlicher Dank dafür! Ich weiß, wir haben es manchmal nicht leicht miteinander.

Diese Lebendigkeit in der Diskussion führt unser Land durch die aktuell schwierige Situation. Auf der einen Seite sind Gesellschaft und Wirtschaft. Die Lage ist extrem angespannt und prekär. Arbeitsplätze sind gefährdet. Sehr viele Betriebe stehen vor dem Ruin, und Familien machen sich große Sorgen. Zusätzlich haben wir Zahlen, die uns immer mehr Bauchschmerzen bereiten. Der wirtschaftliche und damit gesellschaftliche Schaden durch Pandemie und Lockdown beträgt 3,5 bis 5 Milliarden Euro pro Woche – 5 Milliarden Euro! Das sind 700 bis 900 Millionen Euro pro Woche allein für Bayern. Immer mehr Betriebe sind irreparabel beschädigt. Die Folgen werden unser Land noch Jahrzehnte begleiten.

Auf der anderen Seite entspannt sich die Lage in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durch weitere Nachschärfung der Staatsregierung. Wir werden die Lage auch dort noch weiter verbessern. Beim Thema Impfungen kommen wir ebenso voran. Die Kinder, vor allem Grundschüler, und Eltern stehen vor großen Hürden. Die Schule und

ein soziales Umfeld sind elementar wichtig. Das sagen sowohl Bildungsexperten als auch Sozialwissenschaftler.

Wir werden natürlich diese sich verbessernde Corona-Lage, was die Corona-Zahlen angeht, zum Anlass nehmen, um wieder einmal darüber zu reden, die Grundschulen ein Stück weit zurück zum Präsenzunterricht zu führen. Das gilt auch für Förderschulen und Abschlussklassen. Ich freue mich, dass sich die Koalition darin einig ist und dass darauf auch Priorität liegt. Ein großer Dank an dieser Stelle auch an Kultusminister Michael Piazzolo, dem eine Rückkehr zum Präsenzunterricht persönlich besonders am Herzen liegt.

Ein Lockdown ist ein massiver Einschnitt. Diesen brauchte es. Die Wirkung ist da. Sollten die Zahlen weiter fallen, dann werden sie annähernd exponentiell fallen. Wir dürfen jetzt nichts überstürzen, aber werden nun das, was möglich ist, Stück für Stück einer Lockerungsstrategie unterziehen.

Meine Damen und Herren, ich betone: Sollte das Infektionsgeschehen es zulassen, sind Öffnungen gewisser Branchen unsere Pflicht. Uns erreichen zahllose Hilferufe. Weitere irreparable wirtschaftliche Schäden wollen wir vermeiden.

(Zuruf: Hört, hört!)

Doch wie geht das? – Die FFP2-Maske eröffnet Möglichkeiten. Sie gibt Sicherheit und Schutz. Sie erlaubt die baldige Öffnung bestimmter Branchen, die gesellschaftlich so wichtig sind. Gastronomie, Friseure, Einzelhändler, Kosmetiker – sie sind Teil der Lösung und nicht Teil des Problems, wie mein Kollege Roland Weigert immer wieder sagt. Auch die Taxifahrer dürfen jetzt zwar wieder arbeiten, aber sie haben nach 21 Uhr, während ihrer Hauptarbeitszeit, keine Kunden mehr. Meine Damen und Herren, auch diese Branchen dürfen wir nicht vergessen.

Wir brauchen eine schrittweise Rückkehr unter bestem Schutz durch die FFP2-Maske sowie die Vermeidung von weiteren massiven Schädigungen von Handel, Wirtschaft

und Existenzen. Die Finanzen müssen wir dabei im Auge behalten. Krankenhäuser und Infrastruktur müssen am Laufen gehalten werden. Das freut sicher auch unseren Finanzminister, der derzeit schwer schnaufen muss, aber alles versucht – danke dafür. Wir wollen mit Finanzmitteln Existenzen retten. Wir wollen nicht nur Leib und Leben von Menschen retten.

Blicken wir zurück: Seit November fahren wir das öffentliche Leben herunter. Wir haben Kontakte eingeschränkt und Weihnachten geopfert. Wir hatten und haben dabei unser Ohr immer am Menschen, an den Bürgern und an den Pflegekräften. Wir schauen auf die Lage in den Krankenhäusern. Wir wussten und wissen: Corona dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Wir FREIEN WÄHLER werden unserer Verantwortung gerecht. Unsere Beschlüsse in der Koalition geben immer Klarheit. In den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenzen herrscht weitgehend Konsens. Wir unterstützen mit unserem Dringlichkeitsantrag deshalb die Beschlüsse der vergangenen "16 plus 1"-Sitzung, schauen aber auf zukünftige Verhältnismäßigkeit. Es wird sich auch in anderen Bundesländern zeigen, dass die Lage neue Wege ermöglicht. Es geht nicht darum, Corona schönzureden – immer noch erkranken daran Menschen und sterben auch daran –, doch nachhaltige Schäden haben wir auch durch den Lockdown. In der Medizin zum Beispiel darf man eine Behandlung mit Cortison nicht überstrapazieren, weil sonst im Körper auch gesunde Organe zerstört werden. Ärzte empfehlen dann eine schrittweise Reduktion von Cortison. Innere Ruhe ist im Umgang mit Corona immens wichtig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Enders, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Doch innere Ruhe darf damit nicht enden. Es geht darum, zum richtigen Zeitpunkt mit Veränderungen wieder einzusteigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Frau Kollegin, Sie haben jetzt gerade die Lebendigkeit der Diskussion in der Koalition gepriesen. Ehrlich gesagt: Für alle Außenstehenden klingt das eher wie ein Hin und Her. Ihr Kollege hat vorhin einen Bayern-Plan zur Öffnungsperspektive angekündigt. Dieser ist aber nicht Inhalt eines konkreten Antrags von Ihnen. Er hat gesagt: Wir brauchen den. Jetzt sind Sie dran, also klären Sie uns bitte auf, was dieser Bayern-Plan ist. Wann kommt er vor? Sie haben gesagt: Zahlen sollen der Anlass sein, mal wieder darüber zu reden, die Schulen zu öffnen und Präsenzunterricht durchzuführen. Welche Zahlen sollen das sein? Ab wann? Sie sagten, Öffnungen seien Pflicht, und haben die Branchen und viele Menschen erwähnt, die ohne ihr Geschäft zurzeit zurechtkommen müssen. Sie bieten ihnen aber nichts Konkretes und Verlässliches an. Wie sieht das jetzt mit dem Bayern-Plan aus?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. Sie haben gemerkt, ich habe sehr schnell geredet, weil ich nicht so viel Zeit habe, sonst wäre ich noch mit deutlichen Begründungen einzeln auf Ihre Dringlichkeitsanträge eingegangen und hätte ausgeführt, weshalb wir diese alle ablehnen. Hätten Sie zugehört, dann wüssten Sie, was ich eben gesagt habe. Wir FREIE WÄHLER legen uns innerhalb der Koalition nicht auf konkrete Daten – im Sinne von "Datum" wie zum Beispiel 1. Februar oder 31. Dezember – fest, weil sich ein Virus nicht an Daten hält. Ein Infektionsgeschehen muss man anhand von Fakten angehen. Für diese Fakten haben wir in der Koalition schon lange die Exit-Strategie "Leben mit Corona". Die haben wir seit Langem. Liebe Kollegin Waldmann, diese versuchen wir zum richtigen Zeitpunkt umzusetzen – nicht jetzt, nicht sogleich. Wir wollen auch nicht, wie im AfD-Antrag gefordert, alles sofort aufmachen – das wäre Schmarrn. Wenn es die Zahlen zulassen, können wir Anfang oder Mitte Februar 2021 über Öffnungen reden und hart diskutieren. Das muss dann auch sein.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung hat der Kollege Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion. Bitte, Herr Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Enders, Kempten, mein Heimatort, hat aktuell eine Inzidenz von 36,2. Das ist der heutige Stand. Was soll ich den Schulleitern dazu sagen, dass die Schulen weiter geschlossen bleiben und kein Präsenzunterricht stattfindet? Geben Sie mir hierauf bitte die Antwort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich kann Ihnen gerne meine Meinung dazu sagen; denn genau dieses Thema diskutieren wir innerhalb der Regierungskoalition knallhart. Sie wissen, dass wir FREIE WÄHLER oftmals etwas anderer Meinung sind als die CSU, wir aber immer wieder den gemeinsamen Weg finden. Warum? – Wenn 16 Ministerpräsidenten und die Kanzlerin in Berlin entscheiden, einen gemeinsamen Weg für Deutschland zu gehen, dann ist es manchmal nicht einfach, alle einzelnen Entscheidungen mitzutragen, aber vieles ist sinnvoll und hat sich bewährt. Ich gebe Ihnen vollkommen recht. Wir müssen uns dann ab Februar mehr an den Inzidenzzahlen orientieren – wie ich es eben gesagt habe –, weil wir jetzt nicht mehr die große Panik vor Corona haben. Wir wissen jetzt, wie wir mit Corona umgehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Enders. – Der nächste Redner kann sich bereit machen. Das ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute sehen wir die x-te Show der Lockdown-Fortsetzungen. Letzte Woche hatte sich das Bayerische Fernsehen noch mit einer Direktübertragung dafür interes-

siert. Diese Woche spricht nur noch Herr Gesundheitsminister Holetschek. Der Ministerpräsident war kurz da, um ihm die Ehre zu erweisen, und anschließend wieder weg.

Dieser Lockdown ist unverhältnismäßig. Heute wurde durch Herrn Holetschek eine Inzidenz von 96 für Bayern bekannt gegeben. Obwohl die Unternehmen kostspielige und geschäftsschädigende Hygienemaßnahmen implementierten und nach Angaben des Robert-Koch-Instituts – übrigens vom 19.01.2021, wenn jemand die Fakten nachlesen möchte – nachweislich kaum zur Verbreitung des COVID-19-Erregers beitragen, wird die Erwerbstätigkeit im Rahmen des Dauer-Lockdowns immer noch fast komplett untersagt. Diese Zwangsschließungen verschieben einen Großteil der täglichen Aktivitäten der Bürger weg von diesen Bereichen, wo die Verbreitung des COVID-19-Erregers nachweislich gut eingedämmt und nachverfolgt werden kann, in die privaten Haushalte und den Schattenbereich, welche nach Schätzungen des RKI am meisten zur Verbreitung des Erregers beigetragen haben.

Wieso dürfen Zahnärzte öffnen, aber Friseure nicht? – Dies fragen mich die Friseure. Wie ich darauf käme? – Weil es gesundheitlich notwendig ist. Die Vorkehrungen sind beim Friseur mit FFP2-Masken die gleichen, beim Zahnarzt erhalten Sie aber eine desinfizierende Mundspülung, damit Sie überhaupt behandelt werden können. Erklären Sie bitte einmal den Friseuren, wie Sie das in Zukunft noch aufrechterhalten können!

(Beifall bei der AfD)

Nach Angaben des RKI sind die COVID-19-Fälle rückläufig und seit Mitte Januar drastisch rückläufig. Der Lockdown zerstört die Wirtschaft. Im ersten Lockdown gab es 300 bis 500 Milliarden Euro, im zweiten Lockdown 50 bis 70 Milliarden Euro Verluste. Am 14.01.2021 meldete "B5 aktuell": Steuerberaterverband kritisiert ständige Änderungen und bürokratische Hürden. Der Chef der Hotelkette "Motel One" Dieter Müller hat zum Beispiel bekannt gegeben, im Jahr 2019 mit 75 Hotels im Innenstadtbereich 166 Millionen Euro Gewinn erzielt und im Jahr 2020 100 Millionen Verlust gemacht zu haben.

2020 erhielt er dafür 50.000 Euro Abschlag. Das ist eine Farce, die nicht schlimmer sein kann. "B5" meldete heute, laut der Gesellschaft für Konsumforschung bricht der Konsum mit minus 15 % regelrecht ein. Die Menschen sparen, weil sie Angst vor der Zukunft haben. Die Steuereinnahmen brechen ein. Innenstädte veröden. Die Mehrwertsteuerreduzierung, die für meine Heimatbranche, die Gastronomie, groß angekündigt war, verpufft. Hilfen scheitern schon beim Antrag, wie ich gerade erwähnt habe.

Heute hat sich der "Wirtshausminister" Hubert Aiwanger gleich zu Anfang demütig als lernfähig bezeichnet. Ist das eine weitere Aussage zum Komödienstadel mit Söder und Aiwanger? Die AfD-Fraktion unterstützt übrigens Ihre Position, lieber Herr Aiwanger,

(Zuruf)

falls es sie nach der gestrigen Kabinettsitzung noch gibt. Am 25. Januar sagten Sie:

Der reine Blick auf die Inzidenz wird mit zunehmender Dauer des Lockdowns also der Gesamtsituation immer weniger gerecht. Die Kollateralschäden werden zu groß.

Verantwortbar sei es auch, Hotels und den Handel wieder zu öffnen.

Wenn man Textilien als Nebensortiment im Lebensmittelladen kaufen kann, warum dann nicht im Textilladen nebenan? Wenn wir diese Geschäfte öffnen, dann verteilen sich die Kunden auf mehr Quadratmeter und wir sparen die Steuergeldentschädigung. Auch Skilifte sind mit guten Konzepten wie Onlinebuchung kein Teufelszeug. Liftbetreiber wie die am Blomberg oder im Allgäu erheben Einspruch und werden dann vom zuständigen Ministerium auf die Regierung verwiesen, bis sie öffnen dürfen, wenn es keinen Schnee mehr gibt. Bis dahin sind sie pleite.

Nach einem Vierteljahr Lockdown wird es Zeit, dass wir den Menschen und der Wirtschaft langsam wieder positive Perspektiven anbieten. Fitnessstudios und Sportgeschäften wird mit Konzessionsentzug und drastischen Strafen gedroht, obwohl sie die

AHA-Regeln jederzeit einhalten können. Das Prinzip Hoffnung stirbt in der Kultur zuletzt. Trotzdem versuchen die Betreiber, Kulturveranstaltungen durchzuführen, um auf sich aufmerksam zu machen. Der ehemalige, mehrfache Regierungsberater Klaus Stöhr von der WHO, der übrigens trotz Vorschlags der SPD nicht in die Regierungskommission aufgenommen worden ist, weil er einen Inzidenzwert von um die 100 im Winter für normal hält – –

(Zuruf: Er irrt aber!)

– Er irrt? Das sagen Sie nur, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): – weil Sie die Weisheit für sich gepachtet haben. – Aber die Regierung hört sich lieber "Zero COVID" an.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN! Ich will Ihnen unseren Dringlichkeitsantrag zur Wettbewerbsverzerrung im Einzelhandel erläutern und um Zustimmung bitten. Ich bitte Sie, das zu tun, was ich am Wochenende getan habe: Nehmen Sie ganz bewusst die Werbeprospekte der großen Supermärkte und Discounter zur Hand und versetzen Sie sich in die Lage eines Einzelhändlers in Ihrem Wahlkreis, gerne eines familiengeführten Unternehmens, gerne seit Generationen am Stadtplatz, im Ort bekannt und geschätzt, eines wichtigen Akteurs des Wirtschaftslebens, also in die Situation eines Einzelhändlers einschließlich seiner Mitarbeiter, der

seit Wochen sein Geschäft geschlossen halten muss. Sie werden sehen: Die Normas, ALDIs, Lidl's und Fenebergs bewerben sehr intensiv und verkaufen das, was auch Sie verkaufen wollen: Bekleidung, Schuhe, Küchen- und Elektronikgeräte, Werkzeug, Büro- und Floristikartikel. – Und wie gut würden derzeit wohl Wintersportartikel gehen?

Was fühlen, was denken Sie dann? Wollen Sie Privilegien oder Sonderrechte? – Nein. Sie stellen fest: Die großen Konzerne dürfen einfach mehr als Sie. Sie wollen Wertschätzung, Sie wollen Fairness, Sie wollen nur die Rechte, die andere seit Beginn der Pandemie haben. Sie wollen mit Hygienekonzepten, mit FFP2-Masken und Kundenzahlbeschränkungen, mit anderen Worten, unter sicheren, geschützten Kontakten Ihr Geschäft öffnen und Ihre Waren verkaufen. Sie wollen Ihre Existenzgrundlage zurück, und Sie wollen keine Schlacht am Wühltisch.

Das ist, Herr Kollege Mehring, durchaus auch ein Aspekt unter dem Gesichtspunkt, in der Situation vorsichtig zu bleiben und vorsichtig mit ihr umzugehen. Wir sind überzeugt, dass die damit verbundene Kundenentzerrung, dass die Kunden, die sich um diese Non-Food-Artikel kümmern, auch in Einzelhandelsgeschäften und bei Fachhändlern unter sicheren Konditionen ihre Geschäfte machen können, das Infektionsgeschehen bei den Discountern zurückführt und die Situation insgesamt entlastet. Diese Chance, dieses verfassungsrechtlich verbürgte Recht auf freien, gleichberechtigten Wettbewerb ist den Einzelhändlern genommen. Sie müssen zuschauen und um ihre Existenz fürchten, weil die Politik sie aus dem Spiel genommen hat, während ihre Konkurrenten weiterhin spielen, Kundenströme konzentrieren und ihre Geschäfte ausweiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe am Samstagabend auf Facebook geschrieben, dass ich dies verfassungsrechtlich für einen unhaltbaren Zustand halte. Mittlerweile haben das 600.000 Menschen gesehen, und allergrößtenteils habe ich Zustimmung erhalten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Alexander Muthmann (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will Sie aus diesem Rollentausch zurückbringen und auffordern, endlich wieder für fairen Wettbewerb, für Gerechtigkeit zu sorgen. Das ist auch verfassungsrechtlich dringend geboten und infektionsschutzrechtlich kein Problem. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die mitberatenen Dringlichkeitsanträge; davon sind zwei Anträge in namentlicher Form abzustimmen. Zunächst lasse ich über die Anträge abstimmen, die in einfacher Form abzustimmen sind.

Der erste ist der interfraktionelle Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend "Corona-Lockdown verlängern – Infektionsgeschehen weiter effektiv senken, Vorsicht im Hinblick auf Coronavirus-Mutationen walten lassen, zugleich erste Lockerungen vorbereiten" auf Drucksache 18/12480. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die AfD-Fraktion, die beiden fraktionslosen Abgeordneten und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ausweitung der Teststrategie auf SARS-CoV-2: Heimschnelltests und Pooltestung umsetzen!" auf Drucksache 18/12481 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und die beiden fraktionslosen

Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bayern impft! Klare Impfstrategie und rechtssichere Corona-Maßnahmen" auf Drucksache 18/12483 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur ersten namentlichen Abstimmung; das betrifft den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche Dienstleister entlasten – Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufheben" auf Drucksache 18/12482. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:03 bis 17:06 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Dann schließe ich diese Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und dann mitgeteilt.

Wir müssen noch einen kurzen Moment warten, bis wir zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen. Auch bei der Digitalisierung geht nicht eines zum anderen unmittelbar, auch da braucht man manchmal kurze Breaks. Wir warten noch ein bisschen. –

Damit kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Wertschätzung für den Einzelhandel – Endlich fairen Wettbewerb und Chancengerechtigkeit herstellen" auf Drucksache 18/12484. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:08 bis 17:11 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Damit ist die Abstimmung beendet. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Damit ist die Beratung der Dringlichkeitsanträge beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche Dienstleister entlasten – Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufheben" auf Drucksache 18/12482: Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 100, Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Wertschätzung für den Einzelhandel – Endlich fairen Wettbewerb und Chancengerechtigkeit herstellen" auf Drucksache 18/12484: Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 71, Stimmenthaltungen: null. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.01.2021 zu Tagesordnungspunkt 2: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion AfD; Bayerisches Gastgewerbe, Sportdienstleister, Kunst und Kultur, persönliche Dienstleister entlasten - Verbot der Erwerbstätigkeit ab einer Inzidenz von unter 100 umgehend aufheben (Drucksache 18/12482)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert			
Aigner Ilse				Fehlner Martina		X	
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne		X	
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker		X		Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen		X		Fuchs Barbara		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus	X						
Becher Johannes		X		Ganserer Tessa		X	
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal		X		Gottstein Eva			
Brandl Alfons				Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald			
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus							
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang			
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger				Henkel Uli			
Dünkel Norbert				Herold Hans			
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred				Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael			
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Toman Anna			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	13	100	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.01.2021 zu Tagesordnungspunkt 2: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Albert Duin u. a. und Fraktion FDP; Wertschätzung für den Einzelhandel - Endlich fairen Wettbewerb und Chancengerechtigkeit herstellen (Drucksache 18/12484)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert			
Aigner Ilse				Fehlner Martina	X		
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne	X		
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker		X		Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen		X		Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus		X					
Becher Johannes	X			Ganserer Tessa	X		
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal	X			Gottstein Eva			
Brandl Alfons				Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald			
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus							
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang			
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger				Henkel Uli			
Dünkel Norbert				Herold Hans			
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred				Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael			
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Toman Anna			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	40	71	0